

Wolfsmilch

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Pommern-Schlesien je mm 0,12 Bloty für die achte halbe Seite, außerhalb 0,14 Bloty Anzeigen unter Text 0,50 Bloty von außerhalb 0,60 Bloty. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 12. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königsbrunn, Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto: P. R. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprechanhänge: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Dr. Strefemann bei Zaleski

Aussprache über den polnisch-deutschen Handelsvertrag — Keine Differenzen über die Ostfragen — Deutsche Neutralität im Wilnaestreit

Französische Wirtschaftskrankheiten

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Paris, den 30. November 1927.

Das französische Wirtschaftsleben sieht weiter traurig aus. Während die offizielle Statistik von einer Preiserhöhung um das Vier- bis Sechsfache gegenüber dem Vorkriegsstand spricht, muß in Wirklichkeit der Kleinfürer stets das Fünf- bis Achtefache bezahlen. Man hat in Paris dadurch eine Abhilfe schaffen wollen, daß seit einem halben Jahr in der Zentralmarkthalle, dem „Boulevard von Paris“, der ganz auf den Großhandel zugeschnitten ist, auch Detailverkauf eingerichtet wurde, so daß jedermann Gemüse und Fleisch billig zu vorteilhaften Preisen kaufen kann. Aber welche Hausfrau kauft bis zu der Pariser Zentralmarkthalle? Die Arbeiterviertel liegen obendrein meist außerhalb der Pariser Stadtmauern, so daß von dem an sich vernünftigen Gedanken nur einige reiche Kaufmannsfrauen profitieren können, die in der Umgegend der Zentralmarkthalle beheimatet sind. Man hat ferner an verschiedenen Stellen der Stadt „Zeugmärkte“ eingerichtet. Einen derartigen Betrieb machte zuerst die Linkszeitung „Le Soir“, um zu beweisen, wie billig manche Ware sein könnte, wenn man die Zwischenhändler ausschaltet. Bei einem „Zeugmarkt“ wird unter staatlicher Kontrolle dem Betrieb nur so viel Geld gelassen, wie er ganz dringend zur Bezahlung des Einkaufs, zur Entlohnung der Angestellten und für sonstige Zwecke braucht. Jeder private Gewinn ist dabei nahezu ausgeschaltet. Aber solche Einzelakte können keinen Druck auf die Masse der Händler ausüben und keine Existenzfrage für die überflüssigen Zwischenhändler werden.

Diese Veruche erstrecken sich ohnehin nicht auf alle die Gegenstände, die gerade ganz besonders hohe Preissteigerungen in den letzten zwei bis drei Jahren erlitten, wie Wäsche, Lächer, Kohle. Brot ist das wichtigste Nahrungsmittel der Franzosen. Das Kilo Brot, das vor dem Kriege 35 Centimes kostete, war bis auf 2,70 Franken gestiegen, das heißt, auf fast das Achtefache. „Der Brotpreis stieg zehnmal um je 5 Centimes allein unter dem Kabinett Herriot und zehnmal um je 5 Centimes unter seinen Nachfolgern Briand, Poincaré und Poincaré“ schreibt dazu der Pariser sozialistische „Populaire“ (heutiger Preis in Paris 1,95 Fr. pro Kilo).

Diese Preissteigerung des Brotes ist obendrein besonders kontrolliert durch städtische Kommissionen, die in ständigem Streit mit den Bäckervereinigungen stehen. Denn der Getreidepreis hat bereits das Zehnfache des Vorkriegspreises erreicht! Der „Populaire“ gibt eine kurze Statistik darüber, aus der hervorgeht: Der Preis für Backwaren ist jetzt im Durchschnitt um das Sechsfache gestiegen, der für Fleisch achtmal, für Gemüse und Fisch auch achtmal, für Wein und Milch zehnmal, für die Pariser Verkehrsmittel auch zehnmal und für den Friseur sogar um das Dreizehnfache. Der Kleinrentner, der zum Beispiel eine dreiprozentige Vorkriegsrente hat, hat dadurch nur noch den zehnten Teil seines früheren Besitzes. Denn eine dreiprozentige Rente, die auf etwa 90 vor dem Krieg stand, notiert heute nur noch mit 45 an der Börse. Und der Arbeiter, dessen Lohn natürlich nie den Preiserhöhungen nachkam, muß obendrein jetzt noch die direkte Steuer zahlen, von der er vor dem Kriege befreit war, weil er damals keine Wohnung von über 500 Franken im Jahr hatte. Ganz besonders schlimm geht es natürlich daneben noch den Angestellten und Beamten und allen, die im Krieg ihr Vaterland verteidigten. Ein Kompetitor in einer Kleinstadtschule zum Beispiel bekommt heute gerade 782,77 Franken im Monat (265 Bloty). Wie kann er damit leben? Für das Essen mittags und abends zahlt er mindestens 14 Franken täglich, also 420 Franken im Monat. Dazu Trinkgelder (42 Franken) und Frühstück (mindestens 45 Franken im Monat), macht 507 Franken. Nimmt er eine Dachkammer ohne Heizung und Licht, wo sich nur ein Tisch und ein Stuhl befindet, so zahlt er mindestens 130 Franken, mit Trinkgeld 143. Infolgedessen gibt er von den 780 Franken allein 650 aus, ohne daß er an seine Kleidung oder auch nur an die Reparatur seiner Kleidung denken kann, ohne daß seine Wäsche sauber ist, ohne daß er die Straßenbahn nimmt, ohne daß er einen Centime für einen neuen Anzug zurücklegt, ohne daß die Gasrechnung bezahlt ist, ganz zu schweigen von allen anderen Kleinigkeiten. Der Schulkompetitor Kouchard aus der kleinen Stadt Melun ließ kürzlich einen Notzettel im „Devoir“ los: „Der Staat hat uns freundschaftsweise 210 Franken pro Jahr Erhöhung gewährt. Vorher bekamen wir noch nicht einmal 782 Franken im Monat. Ich warne dringend alle, die Lust haben, wie ich es

Genf. Von polnischer gut informierter Seite wird heute abend mitgeteilt, daß die polnische Regierung den in der letzten Zeit aufgetauchten Einigungsvorschlag zur Beilegung des polnisch-litauischen Konfliktes nicht ablehnend gegenüberstehe. Bekanntlich sieht der in den letzten Tagen viel erörterte Einigungsvorschlag eine Erklärung des litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras vor, nach der der Kriegszustand zwischen Polen und Litauen aufgehoben und die normalen Beziehungen zwischen den beiden Staaten wieder hergestellt werden sollen. Gegenwärtig finden eingehende Verhandlungen mit der polnischen Delegation statt.

Im Laufe des Nachmittags suchte Dr. Strefemann den polnischen Außenminister Zaleski im Hotel „Bergues“ auf. Die Unterredung dauerte zur Stunde noch an.

Genf. Die polnische Delegation veröffentlicht folgendes Communiqué über die Unterredung zwischen Dr. Strefemann und dem polnischen Außenminister Zaleski:

„Im Verlauf dieser längeren Unterredung hatten die beiden Außenminister Deutschlands und Polens Gelegenheit, über die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die einen günstigen Verlauf nehmen, zu sprechen. Ferner haben sie sich über alle politischen Fragen unterhalten, die auf der Tagesordnung der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundes stehen. Hierbei wurde festgestellt, daß zwischen ihnen keinerlei prinzipielle Meinungsverschiedenheiten bestehen und besonders nicht über die Notwendigkeit der Herbeiführung einer Einigung zwischen allen Beteiligten für die Aufrechterhaltung der normalen friedlichen Beziehungen im Osten Europas.“

Vor der Lösung des polnisch-litauischen Konflikts

Pilsudski in Genf erwartet

Genf. Von maßgebender Seite erfahren wir, daß in den Verhandlungen des Montags zwischen den führenden Staatsmännern eine Einigung über die Lösung des litauisch-polnischen Konfliktes in großen Linien erzielt worden ist. Jedoch steht noch die endgültige Stellungnahme der litauischen Regierung aus. Nach der Einigung soll zunächst im Völkerbundsrat in erster Lesung eine Erklärung seitens Litauens erfolgen, nach der der Kriegszustand zwischen Polen und Litauen als beendet angesehen wird. Hierauf sollen weitere direkte Verhandlungen zwischen Polen und Litauen eingeleitet werden, worauf dann in zweiter Lesung auf der Witztagung des Völkerbundesrates die Beziehungen zwischen Polen und Litauen endgültig festgestellt werden. Dieser Regelung hat auch die sowjetrussische Delegation ihre Zustimmung erteilt. Von polnischer Seite wird gegenwärtig lebhaft gefordert, daß die Regelung der Beziehungen zwischen Polen und Litauen in Etappen vorgenommen werde.

Wie weiter mitgeteilt wird, dürfte nunmehr feststehen, daß Marschall Pilsudski am Freitag in Genf eintrifft und die polnische Regierung im Völkerbundsrat vertreten wird. Somit werden die polnisch-litauischen Verhandlungen im Völkerbundsrat voraussichtlich erst Ende der Woche beginnen. Der litauische Ministerpräsident Woldemaras hat im Laufe des heutigen Abends längere Unterredungen mit Chamberlain, Briand und Litwinow, sowie bereits gemeldet, eine einfühlige Unterredung mit Dr. Strefemann geführt. Man rechnet gegenwärtig vielfach damit, daß die gegenwärtige Tagung des Völkerbundesrates bereits am Sonabend zu Ende gehen wird.

Genf. Die Verhandlungen zur Regelung des polnisch-litauischen Konfliktes sind von allen Seiten mit großem Nachdruck fortgesetzt worden. Ein abschließendes Ergebnis liegt noch nicht vor. Dr. Strefemann empfängt im Laufe des Montags zuerst den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras und anschließend den polnischen Außenminister Zaleski. Woldemaras hatte eine längere Unterhaltung mit Briand. Es scheint, daß zwischen der englischen, französischen und deutschen Delegation in großen Zügen eine Einigung erzielt werden wird, nach der die litauische Regierung veranlaßt werden soll, eine Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes und die Wiederaufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Polen abzugeben. Mit dieser Regelung hat sich auch die sowjetrussische Delegation grundsätzlich einverstanden erklärt. Man nimmt jedoch an, daß eine derartige Erklärung der litauischen Regierung ausdrückliche Vorbehalte bezüglich Wilnas enthalten würde. Jedoch dauern die Verhandlungen über eine derartige Regelung noch an. Allgemein wird damit gerechnet, daß der polnisch-litauische Streitfall ebenso wie die beiden Danziger Fragen nicht vor Mittwoch zur Sprache gelangen werden, da man zuerst noch hinter den Kulissen weiter verhandeln will. Von polnischer Seite ist bisher nur darauf hingewiesen worden, daß

hatte, Kinder zu unterrichten. Keiner ergreife unseren Beruf! Unsere Klasse muß ganz verschwinden! Nur, wenn keine jungen Studenten unseren Beruf ergreifen wollen, können wir noch auf eine Rettung unseres Berufes hoffen.“ So steht Poincarés vielgepriesene Erhöhung der Beamtengehälter in Wirklichkeit aus! Kurt Lenz.

die öffentliche Meinung Polens eine Neuaufrollung der Wilnafrage nicht dulden werde.

Polen würde sich in einem solchen Falle völlige Freiheit für seine Handlungen vorbehalten müssen.

Vom deutschen Standpunkt muß darauf hingewiesen werden, daß Deutschland eine friedliche Regelung des litauisch-polnischen Konfliktes begünstigen würde. In dieser Richtung dürften sich auch die Bestrebungen der deutschen Delegation bewegen. Von sowjetrussischer Seite ist bereits auf den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras ein Druck ausgeübt worden, eine Erklärung über die Aufhebung des Kriegszustandes und die Wiederaufnahme normaler Beziehungen mit Polen abzugeben. Es ist noch nicht zu übersehen, wie sich die Verhandlungen weiter gestalten werden. Ob die angestrebten Lösungsvorläufe Erfolg haben werden, dürfte allerdings in der Hauptsache von der Haltung der polnischen Delegation abhängen.

Litauische Befürchtungen über die Rolle Plekschaitis

Kowno. Die litauische Regierungspresse befürchtet, daß der Emigrantenfürher Plekschaitis sowie der Führer der christlichen Demokraten, Bistras, die soeben nach Genf abgereist sind, sich dort sehr zum Nachteil Litauens betätigen werden. Bistras, der einen Putz gegen die Regierung injiziert haben soll, steht unter dem Verdacht, wenigstens in den Wandelgängen des Völkerbundes gegen die litauische Delegation und Litauen intrigieren zu wollen.

Ein polnisches Dementi

Berlin. Die Gerüchte über eine Drohung Polens, aus dem Völkerbund auszutreten, falls es im polnisch-litauischen Streitfall nicht volle Erfüllung seiner Wünsche erhalten werden, wie die Abendblätter aus Genf berichten, von Seiten der polnischen Delegation auf das bestimmteste dementiert.

Moskau mit Tschitscherins Maßnahmen einverstanden

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das polnische Büro einen Bericht Tschitscherins über den polnisch-litauischen Konflikt und die in Genf gemachten Abbrüchsvorschläge entgegengenommen und gebilligt. Es ermächtigte den Außenkommissar zur Durchführung der Verhandlungen mit England und sprach die Bereitwilligkeit zur Ratifizierung des Abkommens über die Nichtverwendung von Gas aus.

Vor neuen französisch-russischen Verhandlungen

Genf. Von der russischen Delegation wird heute Abend eine Erklärung über die Unterredung zwischen Briand und Litwinow verbreitet. Danach sei festgestellt worden, daß die Rakowski-Affäre von beiden Seiten als erledigt betrachtet werde. Die französisch-russischen Schuldenverhandlungen sollen wieder aufgenommen werden. Auch Verhandlungen über den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen Frankreich und Rußland sollen aufgenommen werden. Inbezug auf den polnisch-litauischen Streitfall sei die einheitliche Auffassung festgestellt worden, möglichst bald zu einer Beendigung des Kriegszustandes zu gelangen.

Das neue Direktoriat der Minderheiten-Abteilung des Völkerbundes

Genf. Die jetzt durch den Völkerbundsrat erfolgte Ernennung des bisherigen Direktors der Minderheitenabteilung im Völkerbundsrat, Colban, zum Leiter der Abrüstungsaktion wird allgemein lebhaft kommentiert. In der letzten Zeit hatten um diesen Posten innerhalb der maßgebenden Völkerbundskreise lebhafteste Auseinandersetzungen stattgefunden, da dieser Posten von verschiedenen maßgebenden Kreisen in den europäischen Hauptstädten beansprucht worden war. Die Ernennung Colbans zum Leiter der Abrüstungsaktion kann im allgemeinen begrüßt werden, da Colban als eine zielbewusste und erfahrene Persönlichkeit gilt, von der allgemein eine aktive und unabhängige Weiterführung der Abrüstungsarbeiten erwartet wird. Die Tätigkeit Colbans in der Minderheitenabteilung hat allerdings gerade in maßgebenden Minderheitenkreisen sehr verschiedene Beurteilungen ausgelöst. Seine Haltung in den Minderheitenfragen war nicht immer einwandfrei und liefen ihm wesentlichen daraus hinaus, die Gegensätze zwischen den Minderheiten und Minderheiten auszugleichen und eine allgemeine Anpassung der Minderheitenpolitik an die Politik der betreffenden Regierungen herbeizuführen. Wenn auch anerkannt werden muß, daß Colban teilweise die Interessen der Minderheiten wahrgenommen hat, so hat er sich doch allzusehr an das berühmte Wort Mello Franco gehalten, daß sich die Minderheiten allmählich den Interessen der Mehrheiten angleichen müßten, ein Ausdruck, dessen Unrichtigkeit dank der verdienstvollen Intervention des Grafen Apponyi auch vom Chamberlain anerkannt wurde. Es ist zu hoffen, daß der Nachfolger Colbans zu einer anderen Behandlung des Minderheitenproblems im Rahmen der Völkerbundstätigkeit gelangt. Es ist dringend erforderlich, daß die seit Jahren völlig in den Hintergrund getretenen Minderheitenprobleme jetzt vom Völkerbund endlich die Behandlung erfahren, die diesen in der Nachkriegszeit so einschneidend gewordenen Fragen der europäischen Politik zukommen muß. Das Minderheitenproblem muß endlich vom Völkerbund in seiner wahren Bedeutung erkannt und die im Völkerbundsvertrag festgelegten Rechte der Minderheiten auf eigene nationale Existenz uneingeschränkt anerkannt werden. Dringend ist zu wünschen, daß der Nachfolger Colbans aus den Kreisen einer streng neutralen Regierung gewählt wird, und daß die Wahl auf eine Persönlichkeit fällt, die eine aktive Interessenvertretung der Minderheitenrechte als unabwiesliche Pflicht und Aufgabe betrachtet.

Die Ratstagung eröffnet

Genf. Der Völkerbundsrat trat Montag, vorm. um 11 Uhr, wie üblich, zu einer geheimen Sitzung zusammen, in der die Tagesordnung festgelegt wurde und eine Reihe administrativer und personeller Fragen des Sekretariats zur Erledigung gelangten. Auf der vom Sekretariat veröffentlichten Tagesordnung für die anschließende öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates steht die russisch-armenische Flüchtlingsfürsorge, der Opiumhandel, der Bericht des Komitees für den Frauen- und Kinderhandel, der Bericht des Hygienekomitees, der Bericht der Konferenz über die Beseitigung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, der Bericht über die Kodifikation des internationalen Rechtes, ein Bericht über die zwischen dem Völkerbund und dem unter seinen Aufsicht stehenden internationalen Institut für geographische Abmachungen und schließlich ein Bericht des Rechtskomitees über die beschleunigte Durchführung der Bestimmungen des Völkerbundsvertrages.

Beamtenaustausch zwischen Berlin-Wien

Wien. Die großdeutschen Landesparteileitungen in Linz, Graz und Salzburg hielten Landesparteitage ab. In Linz kam Justizminister Dinghofer auch auf praktische Anschlußpolitik zu sprechen und kündigte an, daß man demnächst Gelegenheit haben werde, reichsdeutsche Beamte in österreichischen Ämtern zum Studium der Verwaltung begrüßen zu können, während andererseits österreichische Beamte in das Reich hinausgeschickt werden sollen, um die dortige Verwaltung kennen zu lernen. In den Entschlüssen der Landesparteitage wurde die Schaffung einer nationalen Einheitsfront, die Beibehaltung der Heimwehren und die befriedigende Regelung der Beamtenbesoldungsfrage als notwendig bezeichnet.

Die Mission des Dr. Fu-Mandschu

Roman von Sax Rohmer.

42)

Ich lieb die abschaulichen Geschöpfe, die in der Umgebung des Chinesen lebten, Kneue passierten: die Skorpione, die Basken, die Schlangen und das übrige giftige Getier — doch keines von ihnen vermochte mir für die Spuren in dem Strauß auf Wefts Fenstersturz eine Erklärung zu geben.

Smith suchte mir weiterzuhelfen: „Hast du an sein Schöthier gedacht?“

„Das Affchen!“ rief ich unwillkürlich.

„Es waren die Abdrücke eines kleinen Affensfußes,“ bestätigte mein Freund. „Zunächst war ich auf falscher Fährte und dachte an einen Vogel. Aber ich habe früher mal die Fußabdrücke von Affen gesehen. Ein Seidenaffchen ähnelt, obgleich eine amerikanische Spielart, in mancher Hinsicht gewissen burmanischen Affenarten.“

„Ich tappe trotzdem noch im Dunkeln,“ erklärte ich.

„Es ist nur eine Hypothese,“ ergänzte Smith. „Aber sie deckt sich mit gewissen Feststellungen. Das Seidenaffchen ist selbstverständlich — denn Fu-Mandschu hält kein Tier zu einem bloßen Vergnügen — für besondere Aufgaben dressiert. Du hast die Kegenglocke neben Wefts Fenster gesehen; hast auch die Eisenstange bemerkt, die verhindern soll, daß ein Fensterheber hinausfällt. Für einen Affen ist es eine Kleinigkeit, vom Hof nach dem dritten Stock zu klettern. Vermutlich war um seinen Körper eine Schnur befestigt. Er kletterte nach dem Fensterbrett, um die Stange herum und dann wieder hinunter. Mit Hilfe der Schnur wurde ein Tau um die Stange gezogen und mittels des Taues eine Strickleiter aus Seide und Bambus. Einer der Gehilfen des Doktors ist emporgestiegen — wahrscheinlich, um sich zu überzeugen, ob der Affschiff gut gewirkt habe. Das war das gelbe Traumbild, das West über sich gebracht sah. Dann folgte der Doktor, und für seinen mächtigen Willen stellte Wefts betäubtes Hirn ein Instrument dar, das er nach Gutdünken spielen lassen konnte. Der Hof lag zu jener Nachtstunde sicherlich verlassen, und in jedem Falle werden sie wohl die Strickleiter sofort hinaufgezogen und nachher wieder hinabgelassen haben, als West das Geheimnis des Kombinationschlosses preisgegeben, und Fu-

Keine Einigung zwischen Litwinow und Chamberlain

Genf. Ueber die Unterredung zwischen Chamberlain und Litwinow, die von 2½—3½ Uhr dauerte, wird von der englischen Delegation ein Kommuniqué veröffentlicht, das, wie ausdrücklich hervorgehoben wird, auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen festgesetzt worden ist und folgenden Wortlaut hat:

„Da Litwinow bei Sir Austen Chamberlain eine Unterredung erbeten hatte, fand Montag nachmittags im Hotel „Boaurinage“ eine Zusammenkunft statt. Die Zusammenkunft gab Gelegenheit zu einem freimütigen Gedankenaustausch über die Beziehungen zwischen der Regierung der Union der Sowjetrepubliken und der britischen Regierung. Es war jedoch nicht möglich, in der Unterredung irgendeine Basis für eine Verständigung (agreement) zu finden.“

Genf. Das Kommuniqué über die Unterredung zwischen Litwinow und Chamberlain hat allgemein großes Aufsehen erregt. Es wird vielfach dahin interpretiert, daß die englische Regierung vorläufig noch keine Änderung in ihrer Haltung gegenüber der Moskauer Regierung für möglich ansieht.

Ueber den Inhalt der Unterredung werden von gut informierter Seite folgende Mitteilungen gemacht: Chamberlain soll in der Unterredung Litwinow den bekannten Standpunkt der englischen Regierung in großen Zügen dargelegt haben. Die

englische Regierung sei nach wie vor bereit, in neue Verhandlungen mit der Moskauer Regierung einzutreten, jedoch müsse die englische Regierung als Grundvoraussetzung einer Neuregelung der Beziehungen die Forderung auf völlige Einstellung der kommunistischen Propaganda im gesamten Osten, insbesondere in China und Nordwestindien, stellen. Die englische Regierung habe eindeutige Beweise in der Hand, daß die propagandistische Tätigkeit der dritten Internationale in voller Übereinstimmung mit der Moskauer Regierung erfolge.

Solange die kommunistische Propaganda nicht restlos eingestellt werde, sei mit einer Neuregelung der englisch-russischen Beziehungen nicht zu denken.

Baldwin über Rußlands Genfer Vorhänge

London. Ministerpräsident Baldwin teilte am Montag im Unterhaus mit, daß im Verlauf der Verhandlungen der Vorbereitenden Abrüstungskommission die Frage der Uebermittlung neuer Instruktionen an die britische Delegation nicht ausstehe. Die russischen Vorschläge schienen vor dem Komitee nicht als praktische und nützliche Förderung des Abrüstungsproblems angesehen worden zu sein. Aus diesem Grunde sehe er keinen Nutzen in einer Diskussion der Vorschläge im Unterhaus.

Sozialistische Einheitsfront

Gemeinsamer Kongreß in der Tschechoslowakei.

Prag. Die Parteiverstämmling der Tschechoslowakischen Arbeiterpartei und der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Tschechoslowakischen Republik haben in gemeinsamer Sitzung die Vorbereitungen für die Einberufung eines gemeinsamen Kongresses der sozialistischen Parteien begonnen. An dem Kongreß werden sich die tschechoslowakischen, deutschen, ungarischen, polnischen und karpatorussischen Genossen beteiligen. Der Kongreß soll im Januar 1928 in Prag stattfinden. Auf seiner Tagesordnung wird sich befinden die Frage des gemeinsamen Kampfes gegen die bürgerliche Reaktion in der Tschechoslowakei und insbesondere gegen die geplante Verschlechterung der Sozialversicherung.

Vor dem Rücktritt Macdonalds?

London. Wie der politische Korrespondent des „Star“ berichtet, ist der Rücktritt Macdonalds als Führer der Arbeiterpartei in sehr naher Zukunft wahrscheinlich. Der Gesundheitszustand Macdonalds ist nach diesem Bericht derart, daß er den Anforderungen seiner parlamentarischen Verpflichtungen nicht mehr gewachsen ist.

Präsident Calles in Lebensgefahr?

Neuport. Wie aus Mexiko gemeldet wird, wurde Präsident Calles, als er einem Stierkampf zusah, von einem Stier angerannt. Der Präsident blieb aber unverletzt.

Die memelländische Regierungserklärung

Memel. In der Montag nachmittags 16 Uhr eröffneten Sitzung des memelländischen Landtages stellte der neue Präsident des Memeldirektoriums, Radginehn, dem Landtage das von ihm gebildete neue Direktorium vor. In der Regierungserklärung betonte der Präsident, daß das Direktorium fest auf dem Boden der Memellandkonvention stehe und alle Kräfte zum Wohle des Gesamtstaates einsetzen wolle. Nur in der Zusammenarbeit mit dem memelländischen Landtag liege die Gewähr für das Wohl des Memellandes.

Memel. Der memelländische Landtag sprach dem neu gebildeten Direktorium gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten das Vertrauen aus. Die Großhändler enthielten sich der Stimme.

London zum Abschluß des italienisch-französischen Provisoriums

London. Briands Versuche zu besseren Beziehungen mit Italien zu gelangen, werden in London mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Man hofft, daß das vorläufige Abkommen in der Referendumsfrage zu einem gewissen Umschwung in Rom führen wird. Die grundsätzliche Verbesserung der Beziehungen zwischen Rom und Paris wird nach englischer Auffassung abhängen von einem Mittelmeerabkommen, dem die Lösung der Tanagerfrage voranzugehen hat. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Die Lösung der wichtigsten Fragen der italienischen Teilnahme an der Tanagerverwaltung des italienischen Anspruches auf den Bau einer Eisenbahn in Albanien und der französisch-italienischen Rivalität auf dem Balkan sei einstweilen noch nicht abzusehen.

Die Gewerkschaften fordern die Nationalisierung der Industrie

Berlin. Die Drohung der Eisenindustrie, am 1. Januar 1928 ihre Werke stillzulegen, bildet das Tagesgespräch im Reichstag. Die führenden Gewerkschaftler befinden sich zwar, wie die Abendblätter berichten, im Ruhrrevier, um an den Verhandlungen teilzunehmen. Es ist jedoch bekannt, daß morgen eine Antwort der Gewerkschaften auf den Brief der Eisenindustrie zu erwarten ist. Die Gewerkschaften sollen die Absicht haben, für alle Werke, die am 1. Januar 1928 den Betrieb stilllegen, die Nationalisierung zu beantragen.

Wahlen in Schwerin

Schwerin. Bei den gestrigen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung erhielten: Bürgerliche Einheitsliste 11 063 Stimmen gleich 23 Sitze, Sozialdemokraten 9043 Stimmen gleich 18 Sitze, Mieter 2174 Stimmen gleich 4 Sitze, Demokraten 1140 Stimmen gleich 2 Sitze, Nationale Einheitsliste 1337 Stimmen gleich 2 Sitze, Kommunisten 304 Stimmen gleich 0 Sitze, Angestellte 641 Stimmen gleich 1 Sitz, Mittelstandsgruppe 240 Stimmen gleich 0 Sitze.

Litwinow verläßt Genf

Genf. Wie von russischer Seite versichert wird, hat Litwinow am Dienstag vormittag Genf verlassen. Lunarscharski und die übrigen Mitglieder der sowjetrussischen Abordnung für den vorbereitenden Abrüstungsausschuß haben bereits Montag nachmittag Genf in Richtung Berlin verlassen.

Mandschu sich der Pläne bemächtigt hatte. Das Schließen des Safes und das Mitnehmen der Hahischtabletten ist besonders charakteristisch für des Doktors raffinierte Arbeitsmethoden. Denn es blieb nun keinerlei Spur zurück — außer dem Delirium eines dem Rauschgift Verfallenen. Wefts eigene Tabletten wurden natürlich wieder an ihren alten Platz gelegt.“

„Und war Karamanew wiederum der Köder?“

„Natürlich. Ihr lag es ob, die Gewohnheiten Wefts auszulindern und den Tablettenraub zu bewerkstelligen. Sie hat auch in der Limousine die gestohlenen Pläne in Empfang genommen und dann an einen Helfershelfer weitergegeben. Ich habe geglaubt, daß es mir hundert Pfund wert sei, das Gesicht des Mannes kennenzulernen, dem sie später die Beute aushändigte. Ich würde jetzt gern tausend dafür geben.“

„Andaman—Zweiter,“ sagte ich. „Was bedeuten nun aber diese Worte?“

„Hast du das immer noch nicht erfährt?“ rief Smith hastig, indes unsere Droschke vor dem Bahnhof hielt. „Die Andaman, ein Dampfer der Oriental-Navigation-Company, fährt mit der ersten Ebbe nach China aus. Unser Mann gehört zu den Passagieren der zweiten Klasse. Ich habe gedroht, daß man die Abfahrt verzögern solle. Der Extrazug wird uns innerhalb vierzig Minuten nach den Docks bringen.“

Wiederum drängte sich mir die Bedeutung von Nayland Smiths Geheimaufgabe auf, als ich den Einfluß seiner Vollmachten wahrte. Man hatte seine Bewegungen ohne Bedenken befolgt. Zu fünf — denn Weymouth hatte zwei seiner Beamten mitgebracht — nahmen wir im Extrazug Platz. In Retrospekt erreichten wir unser Ziel. Dort lag der Ozeanriese, der nach dem Willen meines mit so großen Vollmachten ausgestatteten Freundes seine Ausreise nach Ostasien hatte aufschieben müssen.

„Herr Nayland Smith?“ erkundigte sich der Kapitän, als man uns in seine Kajüte führte. Er blickte abwechselnd von einem zum andern und dann wieder auf das Telegramm in seiner Hand.

„Der bin ich, Herr Kapitän!“ stellte der Gefuchte sich vor. „Ich werde Sie nicht lange aufhalten. Alle Hafenbehörden sind schon angewiesen, jeden Passagier zweiter Klasse beim Verlassen des Schiffes zu verhaften. Einer von ihnen ist im Besitz von Plänen, die von Rechtswegen der britischen Regierung gehören.“

„Weshalb wollen Sie ihn nicht jetzt gleich arretieren?“ wunderte sich der Seemann.

„Weil ich ihn nicht kenne!“ Das Gepäck aller Mitfahrenden zweiter Klasse wird durchsucht werden, wenn es an Land geht. Außerdem halte ich für wünschenswert, daß Ihre Stewards ihr besonderes Augenmerk auf die Passagiere asiatischer Rasse richten und im übrigen mit den beiden Kriminalbeamten, die die Reise mitmachen, Hand in Hand arbeiten. Ich erwarte von Ihnen, Herr Kapitän, daß Sie mir in jeder Weise behilflich sind, den gestohlenen Dokumente wieder habhaft zu werden.“

„Ich werde mein Möglichstes tun,“ versicherte der Schiffsführer.

Dann, während wir zu dritt die Absicht der „Andaman“ beobachteten, folgte das außergewöhnliche Ereignis, das bis heute ungeklärt blieb. Sehr deutlich hörten wir alle drei eine gutturale Stimme sagen: „Ein neuer Sieg für China, Herr Nayland Smith.“

Wie von einer Tarantel gestochen, fuhr ich herum, Smith beschleunigen. Scharf musterten wir sämtliche Gestalten unserer Umgebung. Niemand aber kam uns bekannt vor, und anscheinend hatte sich jemand entfernt.

Die Stimme jedoch war die Dr. Fu-Mandschus.

Einundzwanzigstes Kapitel

Fu-Mandschus Heim.

Die Zeit verstrich und brachte uns scheinbar kaum unserem Ziele näher. Sorgfältig hatte mein Freund die ganze Angelegenheit der Presse ferngehalten, und so war außer dem Geheimdienst nur sehr wenigen bekannt, daß die verschiedenen Morde, Verarrestungen und das Verschwinden von Personen Glieder einer zusammenhängenden Kette bildeten und daß ein unerreichbarer Meister der teuflischen Künste sich irgendwo in Englands Hauptstadt versteckt hielt, der von den fähigsten Fahndungsbeamten der Polizei gesucht wurde. Aber allen Schlingen ent schlüpfte er mit triumphierender Geringschätzung.

Ein Glied in der Kette hatte selbst Smith eine Weile aus den Augen verloren. Und doch konnte es als wichtiges Beweisstück gelten.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Der polnische Kultusminister über den Volksschullehrer

An den Volksschullehrer werden verschiedene Ansprüche gestellt, je nachdem, wer, bezw. welche Partei sie stellt. Die hiesige Ch.-D. möchte in der Schule am liebsten einen Kirchenbiener als Lehrer sehen, der noch obendrein Ch.-D.-Propaganda treiben müßte. Die Sanacja Moralna hat den Lehrerverein vor ihren Wagen gespannt und ihn bereits in die polnische Wahlgemeinschaft hineingezogen. Die Arbeiterschaft hat auch Wünsche an die Lehrer und nachdem der Lehrer die Arbeiterkinder unterrichtet, sollten gerade die Wünsche der Arbeiterschaft maßgebend sein. Leider ist das nicht der Fall, weil die Arbeiterschaft nicht verstanden hat, ihre Wünsche zur Geltung zu bringen. Die Arbeiter wollen in dem Lehrer, Lehrer sehen, wobei einflußt von der Kirche und von allen politischen Parteien. Er soll die Arbeiterkinder zu freien Bürgern erziehen und ihnen wieder nationalen Haß nach den Klerikalismus einprägen. Es sind also recht viele Wünsche, die da an die Adresse der Volksschullehrer gerichtet werden. Wie soll der Volksschullehrer all diese Wünsche erfüllen? Er soll sich lediglich seinem Erziehungsberufe widmen und allen politischen Parteien den Rücken lehnen. Er soll sich den Ortsverhältnissen anpassen und niemals vergessen, daß hier in nationaler Hinsicht eine gemischte Bevölkerung lebt. Daher soll er den nationalen Haß nicht predigen. Er soll niemals vergessen, daß er Arbeiterkinder unterrichtet und daß er dadurch allein berufen ist, gegen Unwissen und Dummheit zu kämpfen. So und nicht anders soll der Volksschullehrer beschaffen sein, wenn die Schule ihre Aufgabe erfüllen will und die Eltern Achtung und Vertrauen zum Lehrer haben sollen. So ungefähr denkt über den Volksschullehrer die überwiegende Mehrzahl des oberschlesischen Volkes. Und wie denkt der polnische Unterrichtsminister über den Lehrer bezw. über seine politische Betätigung und sein Verhältnis zu der Ortsbevölkerung?

Die Meinung des Ministers wurde in einem Rundschreiben an die Schulbezirke klar ausgedrückt. Wir lesen dort u. a. folgendes: „Leider haben wir wahrgenommen, daß viele Lehrer nicht verstanden haben, das Vertrauen der Ortsbevölkerung zu erwerben, vielmehr durch ihr herausforderndes Benehmen gegenüber den Ortsgebräuchen der Bevölkerung diese unnötig reizen und dafür ihre Abneigung für sich selbst und die Schule ernten. Die Bezirksaufsicht möge vor allem die Lehrerschaft vor einer weitgehenden Beteiligung im parteipolitischen Kampfe warnen. Der Lehrer erzieht die Kinder von Eltern die verschiedenen Parteien angehören, und zwar von Sozialisten, Kommunisten, Demokraten, Christen u. a. Wie kann sich der Lehrer objektiv dem Kinde gegenüber benehmen, wenn er mit dessen Vater im Kampfe steht? Ein solches Verhältnis beeinflußt ungünstig die Erziehung in der Schule. Das politische Leben bei uns nimmt leider Formen an, die mit der Lehrwürde unvereinbar sind. Einem in Parteikampfe engagierten Lehrer droht die Gefahr in ein Gefinnungskonflikt, mit einem Teil der Eltern seiner Schüler zu geraten. Das würde das Mitwirken der Eltern an der Schulerziehung erschweren, wenn nicht überhaupt unmöglich machen. Dieses Mitwirken muß sich in dem Glauben strenger Unparteilichkeit und Gerechtigkeit vollziehen.“ Wir können jedes Wort, das hier der Minister an die Volksschullehrer richtet, unterschreiben. Doch glauben wir nicht, daß die Wünsche des Unterrichtsministers in Erfüllung gehen werden. Die Lehrerschaft steht über all bei uns in einem scharfen Parteikampfe und schließt sich bereits an in den Wahlkampf zu ziehen. Die Politik ist bereits in die Volksschule eingedrungen und es wird sehr schwer fallen, sie aus der Schule zu vertreiben.

Ein neues Gesetz in Aussicht

Das Arbeitsministerium beschäftigt sich dieser Tage mit der Schaffung eines neuen Gesetzes, das über das Verhältnis Arbeiter zum Arbeitgebergesetz streng umweist. Ein für uns sehr wichtiges Moment ist, daß die Ausnahme von Saisonarbeitern nicht mehr gestattet ist (Kalene). Jeder Arbeiter, gleichviel in welchem Betriebe, wenn er 7 Tage durchgearbeitet, soll mit den vollständigen sozialen wie tariflichen Rechten ausgestattet sein. Wir kommen demnächst nochmals auf dieses Gesetz zurück.

Arbeitsinspektionen auch für die Wojewodschaft

Bekanntlich hat die P. P. S. in den letzten Wochen einen Antrag eingebracht, wonach das Dekret des Präsidenten vom 4. 7. 27 über die Arbeitsinspektionen auch auf Polnisch-Oberschlesien ausgedehnt werden soll. Die Arbeitsinspektionen sind in der Republik Polen bis auf die Wojewodschaft Schlesien eingeführt. Sie bauen sich ähnlich wie die Gewerbeinspektionen in Deutschland auf. Der Zweck ist, daß dadurch ein intensiveres Beobachten der Industrie möglich gemacht wird. Die Rechte in dem Dekret für Arbeitsinspektionen sind den Inspektoren weitgehendst gegeben. Sie können sogar bis zu 6 Wochen Arrest verhängen. Auf der anderen Seite haben die Inspektoren die Pflicht, auf Anruf eines Betriebes umgehend dorthin zu erscheinen.

In Kürze werden wir uns mit der Frage mehr beschäftigen.

Betriebsräte außer Dienst

An dieser Stelle haben wir schon öfters über die Person des Bergewalters Schneider, von der Kopalnia Polska in Eichenau geschrieben. Bekanntlich wollte Sch. die Vorschlagsliste zur Wahl der Betriebsräte nicht anerkennen. Die Mitglieder der Freien Gewerkschaften und ein Mitglied des Zentralverbandes besaßen keine Sympathie bei Herrn Sch. Infolgedessen wollte er die Wahl nicht anerkennen. Die Bergbehörden mußten einschreiten, und Herr Sch. war gezwungen, dieselben doch anzuerkennen. Die Folge davon. Er entläßt die gewählten Betriebsräte und Ergänzungsmänner aus der Arbeit. Laut Betriebsrätegesetz muß jede Verwaltung den Betriebsräten ein Büro zur Verfügung stellen. Herr Schneider mußte dies erfahren und ließ eine Bretterbude aufstellen. Diese stellte er den Betriebsräten zur Verfügung, mit der Bemerkung: „Hier könnt ihr eures Amtes walten. Eine Beschäftigung habe ich für euch nicht.“ Hoffentlich wird sich der Schlichtungsausschuß mit dieser Angelegenheit befassen und Herrn Schneider anders belehren. Denn Betriebsräte außer Dienst, gibt es un'erers Erachtens nach nicht. Der Arbeiterschaft rufen wir zu: „Schützt euch vor solchen Schikanen, und tretet ein in die Deutschen Freien Gewerkschaften, die euer Recht zu wahren wissen!“

Demobilmachungskommissar Gallot zum 8-Stundentag

Eine Sitzung der Metallarbeiterorganisationen und Betriebsräte mit dem neuen Demobilmachungskommissar

Fast wollte man nicht glauben, als am Sonnabend um die Mittagszeit die Nachricht von einer Beschlusung im Demobilmachungskommissariat gesprochen wurde. Der Demobilmachungskommissar Ing. Wazke hatte bestimmt nicht allen Rechnung getragen, ist aber trotzdem der erste Kommissar in Oberschlesien gewesen, der die besten Verhältnisse zwischen Arbeiterschaft und Regierung innehalten wußte. Seine Abberufung und die Einsetzung des früheren Arbeitsinspektors Ing. Gallot muß schließlich von einem anderen Gesichtspunkt begleitet sein.

In der Sitzung am 5. d. Mts., mittags 12 Uhr, die sich um 1/2 Stunde verschleppt hatte, kam dies etwas deutlich zu Tage, indem nach Erledigung von Formalitäten (dem früheren Kommissar den Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen und den neuen Kommissar in seinem neuen Amte beglückwünscht) durch die Ausführungen des Herrn Ing. Gallot einiges geklärt wurde. Er führte aus, daß er der Sohn eines Konzeptionsisten sei, jedoch seine Mutter eine Oberschlesierin war, er schon in diesem Zusammenhang eine gewisse Verwandtschaft mit den Oberschlesiern erzieht. Die Arbeit, die wir hier zu leisten hätten, muß vom Gesichtspunkt des Staates und Arbeiters für den Arbeiter einen gewissen Nutzen bringen. Ing. Wazke wird nicht wie sie denken Oberschlesien verlassen, sondern bleibt nach wie vor im Kattowitz. Demnächst wird das Gesetz über Arbeitsinspektionen auch auf Polnisch-Oberschlesien überführt werden und Herr Ing. Wazke wird an diese Stelle als Arbeitsinspektor in Kattowitz ernannt, daneben Stellvertreter des Demobilmachungskommissars.

Nach dieser Erklärung wurde vorerst durch die Gewerkschaften die brennende Frage der Achtstundentag begründet. Man setzte nochmals voraus, daß vom sozialen Gesichtspunkt der Arbeiter weniger arbeiten muß. Vom wirtschaftspolitischen Gesichtspunkt kann man die heutige Arbeitszeit nur als einen Schaden betrachten. Wenn die Arbeitszeit im Jahre 1924 verlängert wurde, so müssen nach der Behauptung der Regierung damals gewisse Verhältnisse dafür gesprochen haben. Heute sind diese Verhältnisse längst beseitigt, heute ist die Produktion um ein eminentes in die Höhe gegangen. Die Löhne im Verhältnis zur Produktion sind nicht mehr, so daß alles dahingeht, daß diese jetzige Arbeitszeit von 10 oder 12 Stunden durch die 8 stündige abgelöst werden muß. Bezeichnend für die ausgespannte Arbeit bei 10 und 12 Stunden, ist die kolossale Steigerung von Unfällen und Krankheitsziffern. In der Regel werden diese zum Schluß beobachtet, so daß selbstverständlich ist, daß an deren Steigerung die lange Arbeitszeit schuld ist. Von einem Gewerkschaftsführer wurde besonders darauf hingewiesen, daß man auf Deutschland nicht immer zu sehen braucht. Heute ist man in Deutschland dabei diese 10 Stundenarbeit auf 8 Stunden zu setzen. Wenn Polen immer auf Deutschland verweist, so muß man sich die Frage vorlegen, warum die Staat wie England, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Schweiz u. w. die an Deutschland grenzen keine Berufung in der Arbeitszeitfrage machen. Die Konkurrenzfähigkeit ist hier falsch nachzuschneiden, denn in Deutschland besteht seit Juli das Arbeitszeitgesetz, welches für die Mehrstunden über 8 zu einem Zu-

schlag verpflichtet, außerdem sind die Löhne in Deutschland höher wie in Polen.

Der neue Demobilmachungskommissar hatte nun seinen Standpunkt zu der Ueberleitung präzipiert. In erster Linie war es ihm gerade nicht angenehm, daß man Deutschland mit den höheren Löhnen vorgetragen hatte. (Willeicht ist er kein großer Freund der Deutschen). Er betonte aber, daß an der Verlängerung der Arbeitszeit die Deutschen schuld seien, indem sie zuerst die Arbeitszeit verlängert haben. Er kam auf die Arbeitszeit bei uns zu sprechen und verstand sehr gewandt das Für und Wider zu erörtern. Er setzte von vornherein fest, daß es hier darauf ankommt, vollständig die Arbeitszeit restlos auf 8 Stunden zu setzen. Die 2. Frage wäre, daß die Arbeitszeit evtl. so verbleibe und die 3. Frage wäre, daß eine stufenweise Ueberleitung erfolge. Er forderte die Gewerkschaften auf, ihm die Reihen der an erster Stelle zu überführenden Arbeitergruppen namenthaft zu machen. Nachdem die Gewerkschaften mit den Betriebsräten darauf nicht eingingen, gab Herr Ing. Gallot seine Meinung weiter bekannt. Sehr interessant waren die Argumentationen des neuen Kommissars, daß man bei der Ueberleitung zum Achtstundentag in erster Linie an den Menschen denken müßte, der volle 10 Stunden an seine Arbeit verpflichtet ist. Als Beispiel ein Stahlwerksarbeiter geniesst während seiner 10 stündigen Arbeitszeit gewisse Betriebspausen, die ihm zur Erfrischung seines Körpers Gelegenheit geben. Ein anderer Arbeiter, der Schlosser am Schraubstock ist vom Betreter des Werkes bis zum Verlassen an dem Schraubstock gebunden, ohne eine Betriebspause ausnutzen zu können. Demnach wäre die Ueberleitung des Schlossers notwendiger als wie die des Stahlwerksarbeiters von 10 auf 8 Stunden. Ing. Gallot stellte sich auf den Standpunkt, daß die Zustände die heute in der Arbeitszeitfrage hier herrschen, sehr ungesund auf das übrige Polen sich auswirken. Er muß zu einer Vereinfachung geschritten werden. Er betont, daß das Arbeitsministerium, die letzten Ereignisse in der Arbeitszeitfrage mit Interesse verfolgt hat und er nach dieser Information noch heute abends nach Warschau reist, um das Ministerium über den Stand zu unterrichten. Er setzt auch voraus, daß nach dem wir im Anfang Dezember stehen, die Dinge bis 1. Januar eine gewisse Regelung erfahren. Ing. Gallot setzte die Möglichkeit ein, daß das Arbeitsministerium die Verordnung über 10 bzw. 12 Stundenarbeit für ungültig erklären wird. Es wird den 8-Stundentag durchzuführen, es wird aber umgehen, daß einzelne Betriebe, wenn sie in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sich befinden, die Genehmigung auf eine Verlängerung der Arbeitszeit erhalten. Diese Genehmigung wird noch vom Demobilmachungskommissar getätigt werden können. Außerdem muß für eine evtl. genehmigte Verlängerung Ueberstundenprocente gezahlt werden. (Ähnlich wie das Arbeitszeitgesetz in Deutschland).

Die Gewerkschaften mit den Betriebsräten haben auch hier grundsätzlich sich für die Einführung in den 8-Stundentag mit dem englischen Sonnabend ausgesprochen und werden auch bei den nächsten Versammlungen dieses Programm aufrecht erhalten.

Kattowitz und Umgebung

„Surra — ein Junge“

Schwank in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach. Im Grunde machen sich solche Schwankdichter das Leben sehr leicht. Die Handlung ist in ihren Schwänden bis auf kleine Umstellungen immer dieselbe. Mißverständnisse jagen einander, vermeintliche Treulosigkeit des einen oder anderen Ehegatten, blöde Frechheiten des Hauspersonals — und dies alles mit dem üblichen „Dram und Dram“ spielt natürlich in Berlin. Man muß gestehen, daß das geistige Stück gewisse Erwartungen voraussetzen ließ, die sich aber nicht erfüllten. Lustig war es natürlich sehr, aber die Witze waren — bis auf zwei, drei — ziemlich faul, außerdem leiden die handelnden Personen an fehlender Natürlichkeit. Es ist alles ein bisschen zu derb und zu drastisch. Die Handlung selbst erscheint mißlauter gesucht und hergeholt, wenigstens man zugeben muß, daß für einen gewissen Teil des Publikums solche Schwärzen durchaus am Platze sind.

Professor Weber feiert mit seiner Henny den ersten Hochzeitstag, zu dem sich auch deren Eltern angemeldet haben. Unversehrt plagt ein Studienfreund, Rechtsanwalt Wehling, in ihre zärtliche Stimmung hinein. Dieser sucht einen Waldemar Weber, der durch gewisse Zufälle und übernatürliche Güte, ein älteres Mädchen, nebst Kind geheiratet hat und zwar deshalb, weil sie ihn als jungen Studio recht gut verlorge und kurz vor ihrem Tode den Wunsch ausgesprochen, ihrem außerheiratheten Kinde einen Namen geben zu wollen. Diese Bitte erfüllte der Student, indem er sich kurz vor ihrem Ableben mit ihr trauen ließ. Wehling fand nun in seinem Akten eine Anweisung auf ein Verpat von 30 Mill., das diesem „Sohn“ ausgezahlt werden soll. Und in der Tat ist Weber der vermeintliche Vater. Darüber natürlich Entsetzen, man schwindelt vor dem Frauchen, fällt immer mehr hinein, der Sohn selbst — schon im goldenen Mittelalter — spielt dabei die Hauptrolle, so daß die Ehe nur noch an einem Haar hängt. Schließlich aber löst sich alles in Wohlgefallen auf und der alte, moralische Eheimrat entpuppt sich als Vater des „Jungen“. Die Ehe ist wieder in Ordnung und Fritz Pappensattel, der vermeintliche Sohn, wird in allen Ehren als neuer Verwandter aufgenommen.

Das glänzende Spiel unserer Künstlerkammer, machte alles klau und Langweilige weit. Fritz Leyden als Spielleiter sorgte für ein tolles Tempo. Den Knalleffekt des Abends bildete natürlich Otto Lange, dessen Komik man in der Tat immer wieder bestaunen und belachen muß. Und dabei ist hier wirklich jede Uebertreibung weit entfernt! Wer sich mal lächlig auslassen will, der gehe hin und besche diese Fräule als Dame, als Bubi mit Wadenstrümpfen und Matrosenanzug u. s. w. Sein trockener Humor entfesselt immer wieder wahre Lauffalven. Ihm gleich zur Seite steht Lotte Fuhs, die eine famose „Perle“ von Stubenfee auf die Bühne brachte. Ausgesprochen Berliner Pfönge, und als kleines Mädchen mit einem Haufen Ballons beladen, muß man sie unbedingt gesehen haben. Tise Hirt gab die junge Ehefrau mit hübschem Schamme und sehr natürlich; Doris Hansen dagegen wirkte

als Schriftstellerin zu affektiert und gemacht. Sehr gut war der Professor von Rudolf Kauba; sein ausgezeichnetes Mienenpiel genigte mitunter, um Wände von seiner unglücklichen Situation zu sprechen. Herbert Schiedel (Rechtanwalt) liegen die Salonrollen sehr gar nicht. Das Ehepaar, August Ronge und Henny Ohlrau waren am rechten Platze, desgleichen Heinz Kahnebraun als Tischler. Alle gaben ihr Bestes, um das Stück recht genießbar zu machen.

Das ausverkaufte Haus amüsierte sich großartig und spendete — wiederholt bei offener Szene — stürmischen Beifall.

A. A.

Deutsche Theatergemeinde Kattowitz. Zum Konzert des Havemann-Quartetts. Wie bereits gestern mitgeteilt, wird am Freitag, den 9. d. Mts. abends 1/8 Uhr das führende deutsche Streichquartett; das Havemann-Quartett bestehend aus den sehr jungen Professoren: Prof. Gustav Havemann, Georg Kniefladt, Hans Mahlle und Adolf Steiner ein einziges Konzert in ganz Ost-Schlesien absolvieren. Das Havemann-Quartett hat sich unter der vorzüglichen Leitung seines jungen Führers Professor Havemann, der bekanntlich heute die Nachfolgerschaft Joachims an der staatlichen Hochschule in Berlin innehat und der als Solist und Kammermusiker Weltweit besitzt an die erste Stelle aller internationalen Quartettvereinigungen gestellt. Es ist bisher nicht möglich gewesen, das Havemann-Quartett für Oberschlesien zu verpflichten und all- ober-schlesischen Musikfreunde werden dieses große künstlerische Ereignis ohne Zweifel mit großer Freude begrüßen. Das Programm ist ein ganz großes und besonders interessant. Der Vorverkauf findet an der Theaterkasse, Rathausstraße, statt.

Dichtabend Erich Ebermayer. Auf den Autorenabend, den die Deutsche Theatergemeinde am Mittwoch, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, im evangelischen Gemeindehause, ul. Banlowa, veranstaltet, wird nochmals hingewiesen. Erich Ebermayer ist neben Klaus Mann einer der Führer der jüngsten Dichtergeneration. Er wird aus unveröffentlichten Werken vorlesen, und zwar aus der Novelle „Das Tier“, die in nächster Zeit im Verlage S. Fischer, Berlin, als Buch erscheint, und aus dem Drama „Brüder“, das im Frühjahr in Leipzig uraufgeführt wird. Karten an der Kasse des Deutschen Theaters, Rathausstraße.

Platzverweisung für den Weihnachtsmarkt. Laut Bekanntgabe des Magistrats, beginnt der diesjährige Weihnachtsmarkt, welcher auf dem Ring abgehalten wird, am Sonntag, den 11. Dezember und dauert bis einschließlich Sonnabend, den 24. Dezember. Der Verkauf sämtlicher Marktartikel mit Ausnahme von Vieh, Fleisch und Wurst, sowie Gemüse hat alltäglich in der Zeit von 8 Uhr morgens bis abends 8 Uhr zu erfolgen. Die Umweilung zwecks Umweilung der Plätze hat seitens der Interessenten bis spätestens zum 9. Dezember bei der städtischen Polizei auf der ulica Miynsta, Nr. 4, 2. Eingang, Zimmer 26 zu erfolgen. Die Gebühr für einen Quadratmeter beträgt 45 Groschen. Zu bemerken ist, daß das Standgeld für die gesamte Zeit in voller Höhe sofort zu bezahlen ist.

Börsenkurze vom 6. 12. 1927
(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau	1 Dollar	{ amtlich - 8.91 3/4 zł frei - 8.93 zł
Berlin	100 zł	- 47.20 Rmk.
Kattowicz	100 Rmk.	- 213. — zł
	1 Dollar	- 8.91 3/4 zł
	100 zł	- 47.20 Rmk.

Das Barbarafest auf Georggrube! Die heilige Barbara lehrte in diesem Jahre die braven Bergarbeiter mit ihrem Namenstag am Sonntag. Auch die Witterung war eine günstige. Es regnete nicht wie die anderen Jahre. Und man hoffte auf eine starke Beteiligung am Kirchgang. Aber vergebens. Außer den Beamten und Grubenwehr, die ziemlich alle in Czako und Zylinder erschienen, sah man nur die Jubilare hinter der Grubenfahne schreiten. Auch die Vereinsfahne der polnischen Berufsvereinigung war erschienen, die ein Gefolge von 18 Getrauen hatte. Hätte die Kapelle nicht eine starke Beteiligung, so müßte ein armseliges Grüppchen zur Kirche schreiten. Dafür waren aber die Kneipen seit morgens stark besetzt, wo die braven Kumpels ihren Kummer mit Schnapsstrinken vertreiben. Vor dem Kriege war die Beteiligung stärker, denn der Arbeiter bekam 2 Mark und konnte getrost paar Schoppen Bier vertilgen. Auch die Beamten waren freigebiger, wenn es ein „Hoch lebe unser Steiger“ gab. War die Schilane das ganze Jahr noch so groß, ein Liter am Barbarafeste hatte den Frieden wieder hergestellt.

Kalenze. (Der letzte Weg.) Am 4. d. Mts. wurde der Vorhänger Kubatta aus Kalenze, welcher vor einigen Tagen auf der Kleophasgrube erschlagen wurde, von einer großen Menschenmenge zur letzten Ruhe begleitet. Hinter feinem Sarge gingen die Witwe und neun Kinder.

Königshütte und Umgebung

Festkonzert der Chorvereinigung.

Anlässlich des fünfjährigen Bestehens veranstaltete die Chorvereinigung Königshütte ein großangelegtes Festkonzert. Zur Aufführung gelangte „Ein deutsches Requiem“, nach Worten der hl. Schrift, für Soli, Chor und Orchester, von Johannes Brahms. Der Grundgedanke dieses Requiems ist der Glaube an die Auferstehung und das Wiedersehen nach dem Tode. So bedeutet das Requiem einen Trost für alle diejenigen, die da Leid tragen, denn sie werden getröstet werden. Das Werk besteht aus sieben Teilen. Der erste Chor stellt sich als eine schmerzliche-ernühte Klage dar. Das Orchester ist äußerst dunkel gehalten. Den zweiten Satz beginnt das Orchester mit einem feierlich-ernsten Trauermarsch. Er kennzeichnet gleichsam die Vergänglichkeit alles Irdischen. Der sanfte Mittelteil bringt aber zuversichtliche Hoffnung zum Ausdruck. Der dritte Satz geht wie ein Gebet ein. Dem jauchzenden Crescendo: „Ich hoffe auf dich“ folgt die Orgelpunktszene, deren Fundament das „D“ bildet. Es bringt den unerschütterlichen Glauben zum Ausdruck. Im vierten und fünften Satz wird das liebliche Leben beim Herrn Jeshu gepriesen. Ueber den Klängen des Chores schwebt wie verklärt das Sopran solo. Der sechste Teil bildet den Höhepunkt des Ganzen. Er schildert die Zeit des jüngsten Gerichts. Zur Darstellung dieser Zeit verwendet Brahms sprechhafte Klänge. Den Abschluss bildet ein milder, verklärter Satz, er kennzeichnet das Bild des Friedens.

Die Gesamtleitung lag in den Händen des bestbekannten und bewährten Musikdirektors Franz Kant Meisterhaft gelang es ihm, Chor und Orchester aufeinander abzustimmen. Chor und Orchester leisteten hervorragendes. Besonders hervorgehoben seien die Bariton solo, gesungen von Fred Drifser-Berlin und die Sopran solo, gesungen von A. Kleinfleuthen, Landestheater.

Kleine Ursachen, große Wirkungen. Welche Beachtung man auch den kleinsten Wunden beimessen muß, beweist wieder einmal folgender Fall: Die Frau des Kantinenwirts Grabow von der ul. Budlerstraße (Buddlerstraße) hatte sich vor einigen Tagen beim Aufsteigen des Fußbodens an einer Nadel in den Mittelfinger gestochen. Die geringfügige Wunde wurde nicht beachtet, bis sich einige Stunden später größere Schmerzen eingestellt. Ein hingeworfener Nagel stellte Blutvergiftung fest und ordnete die Überführung in das Knappschafts-Lazarett an. Die Blutvergiftung nahm eine weitere Ausdehnung an, wobei der ganze Finger amputiert werden mußte. Ob damit die Blutvergiftung aufgehalten ist, muß erst abgewartet werden. Aus diesem Falle kann wieder einmal die Notwendigkeit einer sorgfältigen Behandlung auch der kleinsten Wunden erkannt werden. Gerade bei Stichwunden muß das sofortige Ausdrücken bzw. Auswaschen des Wundes vorgenommen werden.

Ausgrenzung. Das städtische Krankenhaus in Königshütte benötigt 140 Stück Matratzen. Offerten sind mit der Aufschrift: „Oferta na dostawa materacy“ bis zum 10. Dezember, mittags 12 Uhr, an die Administration des städtischen Krankenhauses einzureichen.

Opfer des Berufes. Die Zahl der Unglücksfälle nimmt in der Friedenschütte ständig zu. An die vorhergehenden Unglücksfälle reißen sich wieder zwei weitere an. So wurde die Arbeiterin Josefa Kucia von einer Schmalpurbahn überfahren, wodurch sie eines Beines verlustig ging. Ein zweiter tödlicher Unglücksfall passierte auf der Blechstraße. Beim Auswalzen eines Bleches wurde dasselbe zur Seite geschleudert, wobei der Walzer Rudolf Schubert einen derart schweren Schlag gegen das Gesicht erlitt, daß ihm fast der Kopf vom Rumpf getrennt wurde. Er wurde auf der Stelle getötet. Der Verunglückte war 52 Jahre alt und hinterläßt eine Frau und vier nicht erwachsene Kinder.

Siemianowicz

Barbarafest! Und sie kam an, wie jedes Jahr, fahrplanmäßig kam sie an, die Barbarafest! Nur die Überraschung blieb aus! Die geplante Uhrenüberführung plus 50 Zloty Anwartschaftsbillets für 25 Jahre treue Dienste bei der „Berühmten“. Schon monatelang war die Jubiläumssuhr ein Dorfgespräch. Zur Barbara, zur Barbara! — und jetzt blieb sie aus. Verflucht! Es ist aber richtig so, denn durch das neue Handelsabkommen ist die Uhrenimportsteuer gestiegen und man braucht keine Schweizer Uhren mehr zu schmuggeln, wie einst es war. Dafür aber bekamen wir von dem großen Ordenslegen auch etwas ab. 13 Verdienstmomente fieseln der „Berühmten“ zu. Und da auch verschiedene Kumpels aus unseren Reihen dabei sind, wollen wir ihnen zu dieser Ehrung gratulieren und sie nachfolgend namhaft machen. Allerdings sagte

Der Raubüberfall ins „Kino Colosseum“ vor Gericht

Lodzer Banditen auf der Anklagebank — Mit Revolver und Maske — Banditenfrechheit — Insgesamt 11 Jahre Zuchthaus — Späte Sühne

Ein verwegener Raubüberfall wurde vor vier Jahren, und zwar in der Nacht vom 11. zum 12. November 1923 in das Geschäftszimmer der Inhaberin des Kinos „Colosseum“, Frau Elisabeth Rudolf, durch drei bewaffnete Banditen verübt. Die Täter, welche mit den örtlichen Verhältnissen äußerst gut vertraut gewesen sein müssen, wohnten der letzten Filmvorstellung bei und suchten, während die Besucher das Kino verließen, ein sicheres Versteck auf. Gegen 12 Uhr nachts pochten die Banditen an die Tür des Geschäftszimmers und verlangten Einlass, indem sie sich als Polizeibeamten ausgaben. Als die Inhaberin, welche den spätem Besuchern nicht traute, vorsichtig öffnete, hoben die Eindringlinge rasch Brecheisen zwischen Tür und Pfosten und drangen auf die überraschte Frauensperson mit Revolvern ein. Der Bandit Eduard Wyszynowicz veretzte der Ueberfallenen einen heftigen Schlag mit dem Kolben der Schußwaffe auf den Kopf, um Frau Rudolf, welche daraufhin bewußtlos zusammenbrach, vorher jedoch laut nach Hilfe rufend, an das Telefon geeilt war, an ihrem weiteren Vorhaben zu hindern. Die Räuber durchsuchten alle Schubfächer, erbrachen die Kassette und raubten außer Schmuckstücken, darunter goldene Ohrringe, eine kostbare Halskette, 1 Armband, mehrere goldene Ringe, ein Brillenring im Werte von mehreren Tausend Zloty, überdies 150 Dollar, 400 Millionen polnische Papiermark und kleinere Geldsummen. Einer der Banditen zog der Ueberfallenen außerdem einen goldenen Ring vom Finger.

Zwischen erwachte Frau Rudolf aus ihrer Bewußtlosigkeit und rief erneut um Hilfe. Sie erhielt einen zweiten Schlag von dem Banditen Nikolaus Slowronski mit dem Revolver, wurde schließlich an Händen und Füßen gefesselt und mit Fuchszitron in eine Fensterleiste geschleudert. Nachdem der Inhaberin noch ein Knebel in den Mund gesteckt wurde, veranstalteten die raffinierten Verbrecher ein „Gelage“, indem sie Bier und Zigaretten aus einem Schrank hervorholten und sich noch längere Zeit unter fortgesetzten Anpöbelungen der wehrlosen Frau in dem Geschäftszimmer aufhielten.

Die Täter verstaubten das geraubte Geld und die Wertgegenstände und entliefen ungehindert, nachdem sie die verschlossenen Haus-

türen mittels Nachschlüssel öffneten. Die Ueberfallene wurde später von dem Hausmeister, welchem die drei fremden Männer, die das Haus zur späten Nachtzeit verließen, aufgefallen waren, aus ihrer furchtbaren Lage befreit.

Vor dem Landgericht in Kattowicz wurde am gestrigen Montag bis in die späten Abendstunden in dieser Strafsache verhandelt. Mehrere Verhandlungen mußten in der Zwischenzeit vertagt werden. Angeklagt war außer den Banditen Slowronski und Eduard Wyszynowicz der Lodzer Juwelier Ernst H. wegen Hehlererei. Der dritte Bandit, welcher bei dem Ueberfall maskiert gewesen war, ist flüchtig. Dessen Personafone konnten bis heute nicht ermittelt werden. Die Polizei verfolgte seinerzeit die Spur der Täter, welche bis nach Lodz führte, woselbst die Verhaftung der beiden ersehnten Banditen erfolgen konnte. Dem Juwelier H. wurde ein Teil der Schmuckgegenstände unter Verlegung falscher Papiere angeboten und der Kauf genehmigt. Die Banditen, welche sich als Eigentümer der Wertgegenstände ausgaben, frappten den Juwelier durch ihr sicheres Auftreten, die elegante Kleidung sowie die unechten Dokumente.

Die Angeklagten Slowronski und Wyszynowicz bestritten hartnäckig ihre Teilnahme an dem Raubüberfall. Erkannt wurde von der Zeugin Rudolf, daß bei der früheren Gegenüberstellung der Bandit Wyszynowicz als einer der Täter, welcher sie geschlagen hatte und mit der Schußwaffe bedrohte. Die beiden Verbrecher wurden überdies auch von dem mitangeklagten Juwelier als Verkäufer der konfiszierten Schmuckstücke bezeichnet. — Bei der Verurteilung verwickelten sich die beiden Verbrecher in Widersprüche, da sie im Einzelverhör vernommen wurden. In die Enge getrieben, gaben sie schließlich ihre Schuld zu. Der Staatsanwalt beantragte für beide Banditen je 10 Jahre Zuchthaus, dagegen Freisprechung des Juweliers H., da eine Strafverfolgung durch die beiden Verbrecher erfolgt war. Das Urteil lautete für Nikolaus Slowronski auf 6 Jahre Zuchthaus bei Absperrung der bürgerlichen Ehrenrechte für die Zeitdauer von 5 Jahren, für Eduard Wyszynowicz auf 5 Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust. Juwelier H. wurde freigesprochen.

Blind greift jede Frau nach



Lukasch's Toiletteseifen

Napoleon I.: „Orden sind Spielzeuge, womit man große Kinder beruhigen kann!“ So ein Spassbüchlein, aus den Dispositionskonten des Herrn Wojewoden, a 1000 Zloty, wäre als Zuschlag nicht zu verachten gewesen, die Herstellungskosten für den Orden und den Orden selbst hätte man gern von den 1000 Zloty bestritten. Leider kam es anders. Der Mensch denkt und der Wojewode lenkt. Es wurden ausgezeichnet: Zimmerhauer Buchta Johann, 43 Dienstjahre; Zimmerhauer Schypel Paul, 42 Dienstjahre; Zimmerhauer Czajiel Franz, 2, 45 Dienstjahre; Zimmerhauer Sowa Franz, 41 Dienstjahre; Zimmerhauer Wamich Jozas, 41 Dienstjahre; Zimmerhauer Dominik Felix, 46 Dienstjahre; Zimmerhauer Wienta Josef, 43 Dienstjahre; Zimmerhauer Gugg Johann, 44 Dienstjahre; Zimmerhauer Sambus Jozas, 42 Dienstjahre; Inwalide Dymda Thomas, 49 Dienstjahre; Häuer Jenowski Peter, 43 Dienstjahre; Häuer Cywilt Franz, 40 Dienstjahre; Häuer Thomalla Paul, 24 Dienstjahre. Ueber 40 Jahre äwernen Dienst — und der Dank des Vaterlandes war ihnen gewiß! Wie anno dazumal im Preußen. Auffallend in der Zusammenstellung ist, daß die Zimmerhauer überwiegen, das ist ganz klar, die meisten Kohlenhauer sind nicht mehr. Ehre ihrem Andenken. Und so gina die Barbarafest zu Ende — ein langer, langer Zug, viel Zylinderhüte, meistens gepumpt, und viele bekannte Gesichter, darunter die meisten aus der sozialistischen Partei, beider Richtungen, und böse Zungen lagen, es wäre ein Ansehungs gewesen. Pompös gestaltete sich der Rückzug; neben dem Dirigenten marschierte die und stolz der unerkörnte König von Siemianowicz — Zendrußij Wilschelm I.

Auf nach Berlin. Nach Berlin begab sich Herr Kiedron als Mitglied der Verhandlungskommission für Wirtschaftfragen.

Nat kennt kein Gebot. Ein gewisses Fräulein B. G. entwendete einem Obmwatel von hier eine größere Menge Wäschestücke und konnte festgelegt werden. Wegen Wohnungsschwindel wurde ebenfalls festgenommen eine Frauensperson, die durch hohe Verschreibungen ein möbliertes Zimmer mietete und am nächsten Tage mit einem Gelddolrage von 25 Zloty verschwand.

Eine Eisbahn könnten wir haben, wenn der Pächter der Eisbahn hinter dem großen Hüttenteich geschäftstüchtiger gewesen wäre, und hätte bei dem tabellosen Spiegeleis die Bahn beigeiten eröffnet.

Bielitz und Umgebung

60 jähriges Bestandesjubiläum des evangelischen Lehrerseminars in Bielitz. Das evangelische Lehrerseminar in Bielitz, heute die einzige private Ausbildungsstätte für deutsche Lehrer in Polen, feiert am Donnerstag, den 8. Dezember um 5 Uhr nachmittags, mit einem großen Kirchentag in der evangelischen Kirche in Bielitz das 60 jährige Bestandesjubiläum. Die musikalische Leitung liegt in den Händen des Musiklehrers der Anstalt, Prof. Rudolf Max. Zum Vortrage gelangen folgende Tonwerke: 1. Oskar Köhler, Op. 204 Fesulantate „Ich danke

dem Herrn von ganzen Herzen“. Der gemischte Chor des Seminars. 2. Fr. Couperin: Secur Monique, Violinchor des 4. Kurtes. 3. Max Reger: Chorallantate Nr. 1, „Von Himmel hoch, da komm' ich her“. Der Mädchenchor des Seminars. 4. Fr. Seizing, Op. 58, „Lobgesang“, Violinchor des 5. Kurtes. 5. Felix Nowowiejski, Op. 81, Orgelstuck „Reichnacht in der wacklen Martinikirche zu Kratau“. Der Jüngling des 4. Kurtes, Julius Meißner. 6. Franz Schubert-Viszt „Die Allmacht“. Der Männerchor des Seminars.

Sportliches

Borkämpfe in Königshütte.

Interessante Borkämpfe finden am Mittwoch, den 7. Dezember im Saale „Graf Reden“ in Königshütte statt. Oberösterreichische Boxer messen sich zum erstenmal in diesem Jahr mit den auf einem hohen Niveau stehenden Borken aus Polen. Es kämpfen folgende Paare: 1. Stapiak (Pöten) — Moczko (Kattowicz); 2. Urski (Pöten) — Alarowicz (Krol. Huta); 3. Baczkowski (Pöten) — Jociel (Krol. Huta); 4. Nowicki (Pöten) — Smoppel 2 (Kattowicz); 5. Gallier (Breslau) — Kupka (Kattowicz); 6. Duro (Krol. Huta) — Spiolek (Krol. Huta); 7. Wiczorek (Kattowicz) — Pyla (Krol. Huta); 8. Row-Mil (Kattowicz) — Gawlik (Krol. Huta); 9. Alecka (Lipine) — Wodnicki (Krol. Huta); 10. Wlfig (Kattowicz) — Gorny (Krol. Huta); 11. Radwancki (Kattowicz) — Pyla (Krol. Huta).

Deutsch-Oberschlesien

Der Rundfunkkrieg.

Wir lesen in der „Ostdeutschen Morgenpost“:

Die Eröffnung des Kattowitzer Senders, der ohne Rücksichtnahme mit dem Deutschen Rundfunk in einer Stärke sendet, die die Tätigkeit deutscher Sender, besonders des Gleiwitzer Senders, aufs schwerste beeinflusst, hat die zuständige deutsche Reichsbehörde, nämlich das Reichspostministerium für Post und Telegraphie schriftlich in Verbindung zu setzen, mit dem Ziel, die für die schlesischen Sender entstandenen Störungen zu beseitigen. Eine Antwort von polnischer Seite ist bisher noch nicht in Berlin eingegangen. Es wird aber damit gerechnet, daß sie unverzüglich erteilt wird. Aus ihr wird sich ersehen lassen, ob Polen bereit ist, über eine Aenderung der getroffenen Maßnahmen in Verhandlungen einzutreten oder ob die deutsche Reichspostbehörde genötigt sein wird, mit Gegenmaßnahmen den deutschen Rundfunk an Schlesiens Grenze zu schützen.

Die wesentlichste Forderung des Reichspostministeriums für diese Verhandlungen ist die Herabsetzung der Kattowitzer Sendestärke, die zur Zeit 10 Kilowatt beträgt, auf etwa 1 1/2 Kilowatt. Ferner wird beabsichtigt, über die gegenseitigen Sendezeiten Vereinbarungen zu treffen, die Störungen in weitem Maße ausschalten würden. Kommt eine solche Einigung nicht zustande, dann würde die aus technischen und nationalen Gründen unumgängliche Folge sein müssen, daß auch deutscherseits ein Sender von sehr beträchtlicher Stärke unmittelbar an die deutsch-polnische Grenze gesetzt würde und man kann sich denken, daß ein solcher 10-Kilowatt-Sender die Kräfte des Kattowitzer Senders in demselben Ausmaß stören würde, wie es jetzt umgekehrt der Fall ist. Ein solcher „Rundfunkkrieg“ dürfte aber in niemandes Interesse liegen. Immerhin darf als sicher gelten, daß sich die deutsche Reichspostbehörde für alle Möglichkeiten bereit hält.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Selmerich, wohnhaft in Krol. Huta; für den Interzendenten: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr. oop., Katowice; Druck: „Vita“ naklad drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kosciuszki 29.

„Staatserhaltende Minderheitenpolitik“

Burgenland—Rothermere—Karpatorusland.

Eines der lehrreichsten bisherigen Ergebnisse der Aktion Rothermeres zur Berichtigung ungarischer Grenzen auf Kosten der Kleinen Entente ist die Forderung nach einer „staatserhaltenden Minderheitenpolitik“ in gerade denjenigen Kreisen der Kleinen Entente geworden, die sich seit Kriegsende in der chauvinistischen Politik nicht genug tun konnten. Deutlich wird diese Forderung zwar noch nicht ausgesprochen, aber sie liegt einer bis dahin unbefannten Art des politischen Konkurrenzkampfes zugrunde, des Kampfes um die Geltendmachung der Vorzüge der eigenen Minderheitenpolitik gegenüber den Schattenseiten der Minderheitenpolitik des anderen. Ein ergötzliches „Zwischenstück“ bietet eine seit Wochen andauernde tschechoslowakisch-ungarische Auseinandersetzung über die Behandlung der Ungarn in der Tschechoslowakei und von Tschechen und Slowaken in Ungarn. Beide Seiten stellen ihre Minderheitenpolitik als die bessere dar, und wenn eine glücklichere Gestaltung des Minderheitenschieds selbst hierdurch auch noch nicht hervorgerufen worden ist, so weist dieser Konkurrenzkampf um die beste Minderheitenpolitik doch die Verteilung von einem Wettkampf, der zum Schluß nur den Minderheiten selbst zugute kommen muß, wollen die eine „staatserhaltende Minderheitenpolitik“ erkennenden und betreibenden Staaten vor — dem Krieg bewahrt werden.

Insofern hat also die Aktion Rothermeres doch schon ein für die Staats- und Minderheitenpolitik wertvolles Ergebnis in die große Debatte geworfen, dessen Behandlung dadurch erleichtert wird, daß Rothermere selbst seine Aktion allmählich bis auf die Korrektur nur einiger ungarischer Grenzstriche reduziert hat. Und in Wirklichkeit wäre eine Durchführung seines anfänglichen Programms auch nicht ohne Krieg denkbar gewesen, der ja kaum in Rothermeres Absichten lag. Aber die Reduzierung seines Programms, daß trotz allem an der Notwendigkeit von Grenzrevisionen festhält, ist nicht ohne die Einwirkung des deutschen Elementes in Mitteleuropa eingetreten, eines Elementes, das für die Grenzrevision als solche im nationalen Interesse große Sympathien hegt. Das ist der Fall des Burgenlandes. Nach vor einigen Monaten schien es, als ob das durch den Friedensvertrag von St. Germain an Österreich angefallene westungarische Gebiet, das Burgenland, ein dauernder Zankapfel zwischen den beiden Nachbarstaaten bleiben sollte. Nun aber hat vor einigen Tagen Bundeskanzler Seipel im österreichischen Finanzministerium mitgeteilt, daß die ungarische Regierung die Frage der Grenzen zwischen Ungarn und Österreich als definitio bereinigt ansieht, so daß, wenn von der Integrität Ungarns die Rede ist, an das Burgenland nicht gedacht zu werden braucht. Das ist umso mehr bedeutungsvoller, als noch im Oktober sowohl die ungarische Presse als auch hervorragende ungarische Politiker wegen des Burgenlandes wesentlich andere Auffassungen geäußert haben, wobei es an Drohungen gegen Österreich nicht gefehlt hat. Es bleibt danach nunmehr noch zu hoffen übrig, daß nach der offiziellen Erklärung der ungarischen Regierung über das Burgenland nun aber auch die gesamte ungarische Öffentlichkeit endlich einmal die angeblich ungelöste Frage des Burgenlandes liquidiert, wenn sie nicht den Eindruck dauernder Zweipärligkeit gegenüber dem deutschen Volk herausfordern will. Nicht ohne Grund hat der Stellvertreter des Landeshauptmanns im Burgenland öffentlich erklärt, daß die ungarische Außenpolitik angesichts von mancherlei Zweipärligkeiten als zweigleisig betrachtet werden müsse.

Die Ausmerzung dieser Zweipärligkeiten könnte Ungarn nur von allgeröchtem Nutzen sein. Sie müßte von sehr weittragender moralischer Bedeutung auch für die Beziehungen zu Tschechoslowakei sein, würde diese doch eher zu der Erkenntnis kommen können, daß eine „staatserhaltende Minderheitenpolitik“ in Karpatorusland wie überhaupt in der Tschechoslowakei dem Frieden und der Erhaltung des eigenen Staates mehr diene, als die offenkundige Militarisierung Karpatoruslands, die die Tschechoslowakei zur Abwehr von Revisionsmöglichkeiten in neuerer Zeit praktiziert. Je zweipärliger Ungarns eigene Minderheitenpolitik und seine Politik gegenüber Österreich ist, desto verständlicher wird die Sorge Prags um die strategische Sicherheit Karpatoruslands, für die im Jahre 1928 fast drei Viertel der Summen für den Bau von Straßen- und Eisenbahnen strategischen Charakters der gesamten Tschechoslowakei verwandt werden sollte.

Dieser Vorbehalt der ungarischen Wünsche, sich karpatorusländisches Gebiet einzuverleiben, steht aber in der Tschechoslowakei nicht die Erkenntnis dafür nach, daß das verlobbete und bettelarme Karpatorusland und die gesamte Slowakei einer besseren „staatserhaltenden Minderheitenpolitik“ bedürfen. Schon die militärische Überlegenheit und die Entschlossenheit der Tschechoslowakei, den Staatsbesitz selbst durch militärische Aktionen zu schützen, läßt Ungarn für die Durchführung seiner Revisionswünsche nur wenig Aussichten übrig. Und daß diese geringen Aussichten sich noch in dem Maße vermindern müssen, in welchem Ungarn gegenüber Österreich zweipärlig ist, würde Ungarns Aktionskraft zu spüren bekommen, auch wenn die Revision der Grenzen mit der Tschechoslowakei von einem internationalen Forum beschlossen werden sollte. „Staatserhaltende Minderheitenpolitik!“ — jedoch nur im allgemeinen Friedensinteresse.

Der Parteitag der Sozialistischen Partei Argentiniens

Vom 9.—12. Oktober fand in Buenos Aires der 19. ordentliche Parteitag der Sozialistischen Partei Argentiniens statt. Der vorangehende hatte im Oktober 1925 gelagt. In diesem Jahr trat der zahlreich besuchte Parteitag unter dem Vorsitz von Dr. Justo in der Casa del Pueblo (Volkshaus) in Buenos Aires zusammen. In seiner Eröffnungssprache beschäftigte sich der Vorsitzende ziemlich eingehend mit den Ursachen der kürzlich erfolgten Spaltung, die zum Austritt einer Minorität aus der Partei führte. Die weiteren Verhandlungen betrafen natürlich zum großen Teil nationale und lokale Angelegenheiten, doch kamen auch allgemeine politische Fragen zur Sprache. Unter den vielen gefassten Resolutionen ist eine, die Ablehnung der spanischen Arbeitererschaft das Parlament zu beschließen, begrüßt. Eine andere spricht die Zufriedenheit mit der von der gegenwärtigen Regierung in Mexiko geleisteten Arbeit aus und hofft, daß sie die gegenwärtigen Schwierigkeiten unerschrocken überwinden werde. Eine weitere Resolution mißbilligt die Ernennung eines Gesandten zum Vatikan, erklärt sie für unnötig und der Bestimmung des argentinischen Volkes nicht entsprechend. In bezug auf Fragen der nationalen Politik und der Haltung der Partei empfiehlt eine der vielen Resolutionen, die vom Parteitag

Bilanz des Faschismus

Von Angelica Balabanoff, Paris.

Genossin Balabanoff, die berühmte Revolutionärin im zaristischen Rußland und leidenschaftliche Feindin Mussolinis, ist wie wenige berufen, dem faschistischen Blutregime Italiens den Spiegel vorzuhalten.

Nach fünf Jahren faschistischer Diktatur weiß jeder Italiener, daß es in Italien weder Gesetz noch Verantwortungsgefühl gibt, sondern nur Abenteuerertum, Willkür und Nutznießerei der faschistischen Clique. Die Bilanz des faschistischen Regimes hat allein für das Jahr 1925 ergeben:

118 Gemordete, 1699 Schwerverletzte, 11 308 Verhaftungen, 380 Zerstörungen von Häusern und Büros, 10 982 Hausdurchsuchungen, 1521 Gerichtsverfahren mit 10 861 Angeklagten und 5407 Verurteilten.

Hingru kommen noch die unzähligen Deportierten, mit denen überhaupt kurzer Prozeß gemacht wird, und deren genaue Zahl nicht nachweisbar ist. Trotzdem konnte Mussolini Anfang 1927 zu seiner „Rechtfertigung“ anführen, daß es in Italien „nur“ 930 Verbannte (!) gäbe. Auch muß man bei dem Veruche, die Zahl der Deportierten festzustellen, in Betracht ziehen, daß gerade unter ihnen die Sterblichkeit sehr groß ist. So schreibt z. B. ein Deportierter die Lage folgendermaßen: „Die Räume sind von einem unbeschreiblichen Schmutz und Gestank; das Wasser wird aus Palermo gebracht. Die Deportierten erhalten samt Familie zirk. 1,50 Mark pro Tag. Die Geschäftsinhaber, die auf der unbewohnten Insel einzig von der Ausbeutung der Deportierten leben, mühen sie schamlos aus. Für das kleinste Vergehen wird man mit Gefängnisstrafen und Prügeln bestraft; Spione und Provokatoren auf Schritt und Tritt. Ueberhaupt ist es ein Zustand, dem man nicht lange Widerstand zu leisten vermag: Durst, Hunger, Krankheiten, physische und moralische Qualen machen dem Leben ein raues Ende.“

Die Bevölkerung ist so sehr an die Todesstrafe im alltäglichen Leben gewöhnt, fühlt sich seit fünf Jahren dem faschistischen Massenterror und der absoluten Willkür so völlig ausgeliefert, daß die kürzliche Einfügung der Todesstrafe in das Gesetzbuch, und die Abschaffung der Geschworenengerichte mit der größten Gleichgültigkeit aufgenommen wurde. Denn jahrelang hatten wir erleben müssen, daß jeder beliebige Faschist, der irgend einem Nutznießer oder „Würdenträger“ des Faschismus nicht genehm war, ohne weiteres niedergemetzelt werden durfte, und sein Mörder freigesprochen, dekoriert, gefeiert wurde. Der Abgeordnete Genosse Matteotti durfte am hellen Tage von faschistischen Banditen entführt und ermordet werden. In das Schlafzimmer des Abgeordneten Pilati drangen faschistische Mörder ein, wickelten ihn und verlegten ihn tödlich in Anwesenheit seiner Frau und seines Sohnes, um dann nach dem Tode Pilatis freigesprochen und gefeiert zu werden. Der demokratische Abgeordnete Amendola wurde von Faschisten wiederholt blutig geprügelt, bis er seinen Wunden erlag.

Hundert von Zeilungsredaktionen wurden zerstört; alle Gewerkschaftshäuser und Volkshäuser wurden vernichtet, ihr Eigentum von den Vollstreckern (!) dieser Heldentaten gestohlen; an Tausenden und aber Tausenden wehrloser Menschen wurden Gewalttaten und Raubzüge verübt. Es gibt keinen Ort, in dem nicht mindestens eine blutige Strafexpedition an wehrlosen Unschuldigen verübt worden ist.

So herrscht im ganzen Lande seit fünf Jahren dauernder Kriegszustand und Siondrecht.

Nicht nur für einzelne, sondern für Unzählige ist das Leben in Italien so sehr zur Qual und Schmach geworden, daß der Tod eine Erlösung bedeutet.

angenommen wurden, der Parlamentsfraktion, auf Verbesserung der Arbeitsgesetzgebung zu drängen und verlangt die Einsetzung eigener Ausschüsse mit Arbeitervertretern als einen notwendigen Schritt für den Fortschritt auf diesem Gebiet. Weiterhin wurde beschlossen, daß alle Parteimitglieder direkt in ihren Lokalorganisationen organisiert sein müssen, was bis dahin nicht strikt eingehalten worden war. Ein anderer Antrag wurde einstimmig angenommen, der besagt, daß kein Parteimitglied beruflich mit Glücksspielen zu tun haben oder an solchen teilnehmen dürfe.

Eine lange Diskussion fand über das Parteiorgan „La Vanguardia“ statt, das in einigen Kleinigkeiten freundschaftliche Kritik erfuhr; der Chefredakteur der Zeitung, Genosse Ghioldi antwortete ausführlich und schloß mit der Feststellung, daß das Blatt im letzten Jahr einen Reinertrag von 16 000 Dollars hatte.

Die Berichte des Parteivorstandes und der verschiedenen Kommissionen wurde einstimmig angenommen.

Das folgende Programm für die im nächsten Jahr stattfindenden Wahlen wurde ohne Widerspruch zum Beschluß erhoben:

1. Abschaffung der Steuern, die zu einer Verteuerung der Lebensmittel führen: stufenweiser Abbau der Zölle.
2. Abschaffung der Steuern auf Handwerk, Handel, Industrie und produktiv angelegtes Kapital.
3. Einführung einer staatlichen Grundsteuer, progressiv zur Größe der Güter und erhöhte Abgaben für Grundbesitzer, die im Ausland wohnen.
4. Direkte, progressive Steuern auf das Renteneinkommen im allgemeinen.
5. Bodensteuer auf den Wertzuwachs des Bodens.
6. Verbot von Provinzsteuern, die den Reichtum belasten.
7. Bevorzugung der Forderungen der staatlichen Banken in bezug auf die Rückzahlung der Staatsschuld, Innenkolonisation, Errichtung billiger Wohnhäuser und Förderung der Genossenschaften.
8. Staatliche Kontrolle über die Einhaltung der Arbeiterschutzgesetze.
9. Achtstundentag für alle Arbeiter und erwachsenen Angehörigen.
10. Minimallohne.
 - a) Minimallohn für Arbeiter, die vom Staat, den Ländern, Gemeinden beschäftigt sind, Werkmeister bei öffentlichen Unternehmen usw.
 - b) Minimallohn für noch nicht volljährige Arbeiter und für Frauen je nach der Industrie und der Gegend, in der sie beschäftigt sind, festzusetzen von Ortsausschüssen.
 - c) Bestimmung eines Minimallohnes für alle übrigen erwachsenen Arbeiter, auf der Grundlage der jeweiligen Lebenskosten und der Art und dem Ort der Arbeit angepaßt. Er soll von gemischten Ausschüssen, aus Unternehmern und Arbeitern bestehen und vom Staat kontrolliert, festgesetzt werden.
11. Staatliche Versicherung (Lebens-, Unfall-, Krankheits-, Invaliditäts- und Altersversicherung).
12. Verfassungsreform durch Trennung von Staat und Kirche und allen religiösen Seiten; und durch Ermächtigung für das Parlament, den Präsidenten der Republik zu wählen und Minister abzusetzen.

Auch die „Außerordentlichen Gerichte“, die von den Faschisten eingeführt worden sind, werfen ein grelles Licht auf das Wesen des „revolutionären Regimes“. Alle politischen „Verbrecher“ werden ihnen überwiesen; als Richter fungieren ausnahmslos Offiziere der faschistischen Miliz. Täglich werden von diesen Gerichten Urteile gefällt. Es genügt, unter dem Verdacht (!) des Antifaschismus zu stehen, um „wegen Verschwörung und Vergehens gegen die Sicherheit des Staates“ verurteilt zu werden, und zwar zu 8 bis 15 bzw. 18 Jahren Zwangsarbeit.

Eine weitere Form der Einschüchterung für Italiener, die dem Faschismus nicht genehm sind, ist die „Verwarnung“. Dem Verwarnten ist zwar gestattet, in seinem Wohnort zu bleiben, aber nur unter strengster Polizeiaufsicht; weder darf er sich vom Wohnort entfernen, noch zu einem politisch verdächtigen Menschen in irgendwelche Beziehungen treten. Häufig wird er außerdem gezwungen, schriftliche Verantwortung für jede antifaschistische Tätigkeit, die in seinem Wohnort entl. (!!) ausgeübt werden sollte, übernehmen. Die Verwarnten, deren es viele Zehntausende gibt, dürfen keine öffentlichen Lokale besuchen und sich nach einer bestimmten Stunde nicht mehr auf der Straße zeigen. So mancher dieser „Verwarnten“ hat es vorgezogen, sich deportieren zu lassen, als so gefoltert zu werden.

Die faschistische „Geißelung“ ist nichts anderes, als die Sanktionierung des Terrors, die Unterdrückung jedes Schattens persönlicher Freiheit, jeder Selbstständigkeit des Parlaments und der Gemeinden, die Unterdrückung auch sämtlicher freier Berufe; bekanntlich werden die Nicht-Faschisten aus allen Berufen, sogar den sogenannten freien Berufen (Rechtsanwälte, Journalisten, Lehrer) gestrichen, und dadurch jeglicher Existenz möglichst beraubt.

Vier Attentate wurden gegen Mussolini verübt:

1. von Jamboni am 4. November 1925,
2. von Franz Gibbon am 7. April 1926,
3. von Lucetti am 11. September 1926,
4. von Jamboni am 31. Oktober 1926, dem jungen Anaben, der an drei Stellen getötet wurde.

Jedes dieser vier Attentate gab Veranlassung zu neuen Staatsverbrechen, zu neuen Verfolgungen, Gewalttaten und Repressalien.

Alle Parteien — auch die liberale Giolittis und Salandras — sind aufgelöst, alle nichtfaschistischen Zeitungen unterdrückt. Spionage und polizeiliche Funktionen werden nicht nur von der Polizei, sondern auch von der sehr umfangreichen Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-Miliz, d. h. von der sogenannten „Nationalmiliz“, ausgeübt.

Italien ist zu einem Muster eines Polizeistaates geworden, im Vergleich zu dem das zaristische Rußland ein freiheitlicher Staat war.

Im zaristischen Rußland hatte die Willkür eine Grenze; es gab Gesetze, deren Uebertretung sogar vom Selbstschützer nicht geduldet wurde. Die Gesetze — wie reaktionär sie auch waren — wurden von den zu diesem Zweck ernannten verantwortlichen Beamten ausgeübt. In Italien handelt es sich um Banden, die nicht aufhören, zu plündern, zu mordeten, sich fremdes Eigentum durch Erpressung und Gewalttaten anzueignen, weil ihnen absolute Straflosigkeit garantiert wird.

So ist die faschistische „Revolution“ eine blutige Farce; sie ist im Terror geboren, durch Terror behält der Faschismus die Alleinherrschaft, der Terror wird immer mehr zu seiner Hauptfunktion, weil der Faschismus sich trotz — seiner Alleinherrschaft — immer schwächer fühlt.

13. Parlamentarische Vertretung der einzelnen Länder.
14. Wahl des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt durch den Gemeinderat.
15. Verstaatlichung von Petroleum, Kohle und Eisen.
16. Staatliches Enteignungsgesetz betreffend auf der Steuereinsparung des Bodens.
17. Beschränkung der Rückhine gemäß obiger Steuerschätzung.
18. Staatliche Ausschüsse für das Volksschulwesen.
19. Einwanderungsbeschränkungen für fremde Arbeiter, die im Ausland gebunden wurden.
20. Schiedsgericht für alle internationalen Konflikte.
21. Herabsetzung der Militärdienstzeit auf 3 Monate, allmähliche Beseitigung des Heeres.
22. Ein Gesetz für unbeschränkte Scheidungsmöglichkeit.
23. Verbot von Lotterien und Glücksspielen.
24. Besteuerung zwecks Einschränkung von Erzeugung, Handel und Genuß von Alkohol.

Außerdem wurde ein umfassendes Programm der sozialistischen Gemeindepolitik beschlossen. Die Wahl des neuen Parteivorstandes wird nach den Statuten 14 Tage nach Schluß des Parteitag durch Abstimmung in den einzelnen Sektionen erfolgen.

Wir entnehmen dem Bericht des Parteivorstandes folgenden kurzen Ueberblick über die interessantesten Vorkommnisse während der Berichtsprüche. Gemäß den angenommenen Bestimmungen handeln die Genossenschaften nunmehr unabhängig von jeder Kontrolle der Partei; doch wurden gute Beziehungen mit ihnen aufrechterhalten und sie gewährten Unterstützung bei einem Boykott gegen 2 Zeitungen durch die Buchdrucker-Gewerkschaft. Ein kommunistischer Vorschlag für eine Einheitsfront zwecks gemeinsamer Aktion für die Wahl eines Arbeiter- und Bauernvertreters zum nächsten Präsidenten wurde vom Parteivorstand zurückgewiesen. Wenn auch die Sozialistische Partei stets für den Gedanken einer Kandidatur eines unabhängigen Arbeitervertreters zum Präsidenten eintrat, so erklärte sie doch den kommunistischen Vorschlag auf Zusammenarbeit für ein bloßes Mandat.

In der Provinz San Juan entwarf die Partei 2 Mitglieder in den Ausschuss für Verfassungsreform; der Parteivorstand umschließte sie durch Einbringung eines Memorandums, das System mit Vertretung der Minderheiten fordert, jedoch ohne Erfolg. Im Oktober 1926 richtete der Parteivorstand eine Petition an den Gouverneur der Provinz Samba fe zugunsten eines Gesetzes für allgemeines Wahlrecht für die Gemeindevorstellungen. Doch wurde das Gesetz zu weiterer Begutachtung an die gesetzgebende Körperschaft zurückverwiesen.

Es wurden gute Beziehungen mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, der die Partei angeschlossen ist, aufrechterhalten. Im Januar 1926 veranstaltete die Partei eine Trauerfeier zur Erinnerung an den verstorbenen Pablo Iglesias. Die Partei stand in Verbindung mit den Parteien von Belgien, Italien, Holland, Südamerika und Mexiko; es fanden zwei erfolgreiche Feiern zur Unterstützung der italienischen Genossen statt.

Die Partei hatte eine Einladung zur Teilnahme am Kongress der Panamerikanischen Arbeiterkonföderation, der im Juli 1927

in Washington stattfand, angenommen. Doch wurde, nach Eingehung näherer Erkundigungen der Beschlüsse, Delegierte zu entsenden, rückgängig gemacht. Die Gründe dafür sind in einem Brief des Sekretärs der argentinischen Partei an den spanischen Sekretär der Panamerikanischen Arbeiterkonföderation enthalten. In diesem Brief erklärt der Sekretär der argentinischen Partei, daß von einem gemeinsamen Kongress mit den südamerikanischen Parteien nicht viel zu erwarten sei, wenn die Amerikanische Arbeiterkonföderation mit der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten nicht in Verbindung stehe; und weiter erklärt er, daß die argentinische Partei nicht bereit sei, an einem Kongress teilzunehmen, auf dem ausländische Gefandte bestimmenden Einfluß ausüben.

Der Letzte aus der großen Zeit des Zirkus

Zum Tode von Paul Busch. — Eine abenteuerliche Laufbahn.

Dem Fremden, der nach der Reichshauptstadt kommt, ist „Zirkus Busch“ längst dem Namen nach vertraut. Seinem Begründer, dem jetzt verstorbenen Paul Busch, der im Januar 78 Jahre geworden wäre, war es an der Wiege nicht gesungen worden, daß er dereinst ein Meister im geharkten Sande werden würde. Er entstammte einem Berliner Bürgerhause, sein Vater war Weingroßhändler, seine Mutter eine Predigerstochter aus bekannter märkischer Adelsfamilie. Der Sohn sollte Kaufmann werden; aber seine Liebe gehörte den Pferden, und nachdem er den Krieg von 1870-71 als Freiwilliger bei den Gardebataillonen mitgemacht hatte, entdeckte er seine Begabung für die Reitskunst. Er ging als Reitlehrer nach Rußland, und dort wurde der bekannte russische Zirkusdirektor Salomonki auf ihn aufmerksam und engagierte ihn als Schultreiter. Nun begann für Paul Busch ein buntbegabtes Künstlerleben, das ihn fast in alle Länder führte. In Odessa lernte er im Jahre seine spätere Gattin Barbara Grabe kennen, die dort als geübte Schuls- und Parforerleiterin unter ihrem Künstlernamen „Miß Konstanz“ auftrat. Gemeinsam mit ihr und der dreizehnjährigen Tochter seiner Gattin, die später die Frau des bekannten Schultreiters Georg Burghardt-Tooth wurde, begründete Busch in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Warschau einen kleinen Zirkus, dessen ganzes Programm von dem Besitz seiner Frau und Tochter bestritten wurde. Durch eifernen Fleiß und dank der hervorragenden organisatorischen Begabung gelang es Busch, nach einigen Jahren in Hamburg einen festen Zirkus zu erbauen. Im Jahre 1889 gastierte er zum erstenmal in Berlin; sein Zirkusgebäude an der Friedrichsbrücke, den heutigen Zirkus Busch, eröffnete er am 24. Oktober 1895.

Buschs Programme waren bald eine Sehenswürdigkeit. Neben seinen ausgezeichneten Freitischvorstellungen, bei denen er bis zu hundert Pferde gleichzeitig in der Manege vorführte, waren es hauptsächlich, die von ihm ins Leben gerufenen großen Ausstattungspantomimen, die die Berliner in Scharen anlockten. Seine besondere Spezialität war die Wasserpantomime, für die er durch die Anlage der bis zu sechs Meter Tiefe versenkbaren Manege die technische Grundlage schuf. Noch wie zuvor hatte Berlin zu jener Zeit Schaustellungen von solchem Pomp, von so verblüffenden Licht- und Wassereffekten gesehen. Auch mit dem geschäftlichen Erfolg seiner Unternehmungen konnte Busch voll und zufrieden sein, und als sein Zirkus auslief, übernahm er die Gebäude in Hamburg und Breslau.

Während seine Frau Konstanz die künstlerische Leitung innehatte, war das Arbeitsfeld Paul Buschs die geschäftliche und kaufmännische Leitung seiner Unternehmungen. Als unsichtiger Geschäftsmann sorgte er nicht nur für seinen Aufstieg, er war auch stets auf das Wohl seiner Artisten und Angestellten bedacht. So bestimmte er in seinen letzten Verfügungen, daß bei seinem Todesfall der Zirkus nicht geschlossen werden solle, damit die zahlreichen Artisten und Angestellten des Zirkus Busch keinen Gagen- oder Lohnausfall erleiden sollten. Seine älteste Tochter Paula, die seit einigen Jahren das Unternehmen ihres Vaters leitete, wird den Zirkus im Sinne ihres Vaters weiterführen.

Mitteilungen

des Bundes für Arbeiterbildung

An die Mitglieder des Bundes für Arbeiterbildung.

Am Donnerstag, den 8. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der Deutsche Kulturbund im Christlichen Hospiz, Katowice, einen Vortrag des bekannten Publizisten Rene Zülöp Miller, über das heutige Rußland in Wort und Bild. Der Vortrag ist von vielen Lichtbildern auf allen Gebieten des russischen Lebens begleitet, so z. B. über Dichtung, Kunst, Wissenschaft, Theater, Arbeit usw. Der Eintrittspreis ist auf 2.00 Zloty bemessen. Mitgliedern des Bundes für Arbeiterbildung sowie Gewerkschaftlern und Parteigenossen, denen es möglich ist, das Eintrittsgeld zu bezahlen, wird empfohlen, sich diesen Vortrag anzuhören.
Frei Heil! Der Bundesvorstand.

Kattowicz. Am Dienstag, den 6. Dezember 1927, abends 7 1/2 Uhr, findet im Central-Hotel ein Vortrag über „Die körperliche Erziehung der Frau seit 1925“ von Herrn Studentin Franz statt. Da dieser Vortrag für die Genossinnen besonders Wichtigkeit hat, so werden diese gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Bismarckhütte. Am Dienstag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Arbeiter-Kasino Königshütte, ul. Gynnazjalna 35 (Palsche) ein Vortrag des Genossen Oronski statt. Er spricht über historische und materialistische Gesichtspunkte.

Schwientochlowitz. Am Donnerstag, den 8. d. Mts., abends um 7 Uhr, findet ein Vortragsabend des Bundes für Arbeiterbildung statt. Referent: Genosse Rowoll. — Nach dem Vortrag findet Parteiführung statt.

Königshütte. Am Mittwoch, den 7. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses ein Vortrag des Genossen Buchwald über „Genossenschaftsbewegung und Klassenkampf“ statt. Hierzu wird um vollzähliges Erscheinen ersucht.

Friedenshütte. Der nächste Vortrag der Ortsgruppe Nowy-Bnton laut Programm, findet am 7. Dezember 1927, im Polstrachischen Lokal, abends 7 1/2 Uhr statt. Referent S. Birghan. Thema wird am Vortragsabend bekanntgegeben.

Nikolai. Am Mittwoch, den 7. Dezember, abends 7 Uhr, findet der 5. Vortrag des B. i. A. im Vereinslokal „Coffee“ statt. Genosse Staschek spricht über: „Werden und Vergehen im Weltall.“

Veranstaltungskalender

Achtung, Bezirksvorstand der „Arbeiterwohlfahrt“!

Am Mittwoch, den 7. Dezember, nachm. 3 1/2 Uhr, findet im Kattowitzer Parteibüro eine außerordentlich wichtige Bezirksvorstandssitzung der „Arbeiterwohlfahrt“ statt, zu welcher alle Mitglieder freundlichst eingeladen sind.
J. A.: Alice Rowoll.

Achtung, Mitglieder des Bergarbeiterverbandes!

Es wird hiermit bekannt gegeben, daß infolge des Feiertages am 8. d. Mts. an diesem Tage die Rechtschutzerteilung für Kattowicz und Umgegend ausfallen wird. Wer dringende Angelegenheiten zu erledigen hat, der muß sich am Mittwoch, den 7. d. Mts., nachmittags in Königshütte im Verbandsbüro stellen. Die Bezirksleitung.

Kattowicz. D. S. A. P. Am Sonnabend, den 10. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung im Saale des Zentralhotels statt. Es sollen die Delegierten zur Bezirkskonferenz, die am Sonntag, den 11. Dezember stattfindet, gewählt werden. Tagesordnung: Stellungnahme zum Wahlblock.

Zalenge. Bergarbeiter. Am Donnerstag, den 8. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, findet bei Herrn Golz die diesjährige Generalversammlung der Zahlstelle des Deutschen Bergarbeiterverbandes Zalenge statt. Referent: Sejm-abgeordneter Genosse Rowoll.

Schwientochlowitz. Bergarbeiter. Am Donnerstag, den 8. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, findet bei Herrn Dulof die fällige Generalversammlung der Zahlstelle Schwientochlowitz statt. Referent: Kamerad Nietsch.

Königshütte. Am Freitag, den 9. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, findet im Volkshaus, Büfettzimmer, eine Mitgliederversammlung der D. S. A. P. statt. Die Tagesordnung umfaßt neben der Wahl von Delegierten für die am Sonntag, den 11. Dezember, in Kattowicz stattfindende Bezirkskonferenz, auch die Stellungnahme zum Wahlblock unseres Ortsvereins. Aus diesem Grunde ist reifliches Erscheinen aller Parteimitglieder zu dieser Versammlung erforderlich. Referent zur Stelle.

Königshütte. Bergarbeiter. Am Donnerstag, den 8. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, findet im Volkshaus eine Generalversammlung der Zahlstelle Königshütte des Deutschen Bergarbeiterverbandes statt. Referent zur Stelle.

Königshütte. Die Naturfreunde. Am Mittwoch, den 7. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, findet im Vereinszimmer des Volkshauses (Dom Ludow) die fällige Monatsversammlung statt. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Lipine. Bergarbeiter. Am Donnerstag, den 8. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, findet bei Herrn Morawiek die fällige Generalversammlung der Zahlstelle Lipine statt. — Referent: Kamerad Rikmann.

Nikolai. Freie Sängler. Die nächste Chorprobe findet am Dienstag, 6. Dezember, abends 8 Uhr, statt.

Oberlajisk. D. S. A. P. Mitgliederversammlung bei Herrn Mucha am Donnerstag, 8. Dezember, nachm. 3 Uhr.

Vermischte Nachrichten

Siehe deinen Nächsten.

In einen Lodger Wohnraum wird ein erblindeter Kranker geführt, um sein Wahlrecht auszuüben. Seine Führerin ist eine Nonne. Der Blinde zeigt dem Wahlvorsteher seinen Stimmzettel, den er schon im Krankenhaus erhalten hatte, und fragt nach der Nummer. „Nummer sieben“ (reaktionäre Liste) war die Antwort. Der Blinde hat nunmehr, daß man ihm einen Zettel der polnischen sozialistischen Partei aushändigt. Die Nonne hielt es nun für gekommen, ihre Anwesenheit geltend zu machen. Durch Drohungen versuchte sie zu erreichen, daß der Blinde von seinem Vorhaben abstehe. „Sie erhalten kein Mittagessen, wenn Sie für diese Liste stimmen.“ Dessenungeachtet stimmte der Blinde für die sozialdemokratische Partei. Doch nun zeigte die Nonne ihre „christliche Liebe“. Während alle Kranken zum Krankenhaus zurückgeführt wurden, ließ sie einfach den Blinden auf der Straße stehen. Das entrüstete Publikum forderte von der Nonne die Mitnahme des Kranken, was jedoch keinen Erfolg hatte. Sie begab sich allein in das Krankenhaus, wo sie, doch gleichsam von Beruf wegen, die Lehre Christi: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“, verbreitet.

Das Urteil.

Der protestantische Bischof des Staates Süd-Dakota, Dr. Burleson, der zur Zeit Neuyork besucht, um Mittel für seine Mission unter den Indianern seines Staates zu sammeln, wurde in einer Gesellschaft befragt, welche Ausichten für die „Zivilisierung“ der Indianer beständen. Die Antwort des Bischofs lautete: „Die Zivilisierung der Indianer? Nun ich habe in Neuyork unter den Weißen an einem einzigen Abend in der Park Avenue mehr bemalte Gesichter, mit Schmutz behängte Ohren, phantastische Haartrachten und nackte Körper gesehen, als in 35 Jahren unter meinen Indianern.“ — Zivilisation!

Deutsche Theatergemeinde Katowice

Katowice, Saal des evangel. Gemeindehauses, ul. Bankowa

Mittwoch, den 7. Dezember, abends 8 Uhr:

Dichterabend

ERICH EBERMAYER

Erich Ebermayer liest aus eigenen Werken.

Karten von 1.— bis 3.— Zi an der Theaterkasse. Rathausstr. 7.



Von Rheuma, Gicht
Kopfschmerzen, Ischias
und Hegenischi

sowie auch von Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, Influenza, Grippe und Nervenbeschwerden befreit man sich durch das hervorragend bewährte Jugal. Die Jugal-Tabletten scheiden die Harnsäure aus und gehen direkt zur Wurzel des Übels. Jugal wird von vielen Ärzten und Kliniken in Europa empfohlen. Es hinterläßt keine schädlichen Nebenwirkungen. Die Schmerzen werden sofort behoben und auch bei Schlaflosigkeit wirkt Jugal vorzüglich. In all. Apoth.

Best. 64% Acid. acat. 3 salic., 0406% Chinin, 12,8% Bismut ad 100 Amyl.

Man sagt die Wange
über Obermeyer's Medizin
zur Anwendung bei

Jurber-Tripin

Jugend-Krankheiten

Das ist ein sehr wertvolles Mittel, das bei allen Krankheiten, die durch die Jugend entstehen, sehr wirksam ist. Es ist ein sehr wertvolles Mittel, das bei allen Krankheiten, die durch die Jugend entstehen, sehr wirksam ist.

Werbet ständig neue Abonnenten!

Das beste
Opus

für Milch- und Mehl-
speisen, Saucen, Kakao,
Tee, Puddings, Kuchen,

Torten, Eis und als Zusatz zu solchen eingemachten Früchten, die nureine, waches Aroma haben, wie z. B. Apfelgelee, Marmelade etc. ist

Dr. Oetker's Vanillin-Zucker

Hiermit kann man den Speisen und Getränken auf die einfachste Weise den feinen Vanille-Geschmack und das köstliche Vanille-Aroma geben. Vielfach wird nun sog. Vanillin-Zucker zu vorteilhaftem billigerem Preise angeboten, der jedoch einen so geringen Vanillin-Gehalt hat, daß Geschmack und Aroma schon beim Lagern in den Geschäften sich verflüchtigt hat.

Man achte daher beim Einkauf darauf, daß man nur

Dr. Oetker's Fabrikate

mit der Schutzmarke
„Oetker's Hellkopf“
erhält.



PALMA
KAUTSCHUK-ABSATZ
UND -SOHLE
WETTERFEST - ELASTISCH -
HYGIENISCH

Blakate

in sämtlichen Größen
fertigt in kurzer Frist
sauber und preiswert

„Vita“
naktad drukarski.

Nestle's Kindermehl

Frankenkost Säuglingsnahrung
nahrhaft, leichtverdaulich

Brochüre über Säuglingspflege kostenlos in Apotheken + Drogerien usw.